Einzelpreis 70 Heller.

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nekázanka 18. ◆ Telephon: 26795, 31409. ◆ (Nachtredaktion): 26797 ◆ Postscheckamt: 57544

12. Jahrgang. | Donnerstag, 14. Jänner 1932 | Nr. 12.

Sie provozieren weiter!

Die Waffensuche angeblich unpolitisch.

Wien, 13. Jänner. Bundesminister des Innern Winkler hob in einem Gespräch mit den Parlaments-Journalisten hervor, daß die Polizei gestern im XVI. Bezirke auf Anordnung des Gerichtes gehandelt habe. Es bestehe kein Grund (!!), daraus Folgerungen abzuleiten und die Lage zu verschärfen. Auch zu einer Beunruhigung der Bevölkerung liege kein Anlaß vor.

Die führenden Polizeifunktionäre erklärten den Pressevertretern ebenfalls, daß kein Grund (!!) bestehe, der gestrigen Waffenkonfiskation eine politische Bedeutung beizumessen.

Demgegenüber erklärte der Führer des republikanischen Schutzbundes Abgeordneter Dr. Deutsch den Journalisten, die polizeiliche Aktion im 16. Bezirk sei von politischen Absichten geleitet. Der republikanische Schutzbund werde aber bewaffnet bleiben und solange die Fascisten rüsten würden, werde auch der republikanische Schutzbund rüsten. Abgeordneter Sever, der den XVI. Bezirk im Nationalrat vertritt, erklärte, die polizeiliche Durchsuchung im Arbeiterhause sei eine öffentliche Provokation aller österreichischen Republikaner. Andere Führer der Linken deuten an, daß es sich um eine Unterminierungsarbeit der christlichsozialen Rechten gegen die Regierung Buresch handle.

Eine berechtigte Frage.

Die „Wiener Allgemeine Ztg." fragt, warum die Staatsanwaltschaft und Richter in Steiermark, welche ein ganzes Verzeichnis der steirischen Magazine der Heimwehren erhielten, ihre Pflicht nicht so erfüllen, wie das Bezirksgericht im XV. Bezirk Wiens und warum die Behörden in Tirol, wo die Heimwehren sogar Artillerieschießübungen veranstalten, nicht einschreiten.

Die Blätter der äußersten Rechten, welche weit höhere Ziffern der beschlagnahmten Waffen und die amtlich nicht beglaubigte Nachricht von der gleichzeitigen Beschlagnahme einiger Gasbomben verbreiten, drängen die Regierung, die Durchsuchungen der Arbeiterhäuser fortzusetzen und den Schutzbund aufzulösen.

Das christlichsoziale „Weltblatt" ist der Ansicht, daß die Bestrebungen nach einer Koalition oder Konzentration mit den Sozialdemokraten infolge der gestrigen Ereignisse merklich gestört sein wird.

Normaler Verlauf der Kabinettskrise.

Paris, 13. Jänner. Die Ministerkrise nimmt einen normalen Verlauf und man kann erwarten, daß sie diesmal rasch überwunden sein wird. Der Präsident der Republik hatte den ganzen Tag über Beratungen. Die Unterredungen wurden gewohnheitsgemäß mit den Vorsitzenden des Senats und der Kammer eröffnet und sodann erschienen die Repräsentanten der parlamentarischen Kreise und der Hauptausschüsse.

Zahlreiche Politiker brachten ihre Ansicht Journalisten gegenüber zum Ausdruck, daß sie zwar einer Erweiterung der Regierung den Vorzug geben würden, daß aber bei den gegebenen Verhältnissen im Hinblick auf die Ablehnung der Radikalen, in das Kabinett einzutreten, angenommen wird, daß einzig der zurücktretende Ministerpräsident Laval zur Bildung des neuen Kabinetts berufen werden kann. Man erwartet daher, daß der Präsident der Republik Laval noch heute abends mit dieser Aufgabe betrauen wird. In diesem Falle ist es nicht ausgeschlossen, daß Laval das Kabinett sehr bald bilden werde.

Die Radikalen lehnen ab.

Paris, 13. Jänner. Die radikale Parlamentsfraktion hat heute Vormittag beschlossen, daß kein Mitglied der Radikalen Partei einen Ministerposten ohne Einverständnis der Partei annehmen dürfe.

Laval wieder beauftragt.

Paris, 13. Jänner. Der Präsident der Republik hat Laval mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Man erwartet, daß Ministerpräsident Laval schleunigst — möglich noch im Laufe der heutigen Nacht — an die Bildung des neuen Kabinettes schreiten wird, das gegenüber der Zusammensetzung des bisherigen Kabinettes wenig Veränderungen aufweisen dürfte.

Schandurteil im Brest-Litowsker Prozeß.

Kerkerstrafen von eineinhalb bis zu drei Jahren.

Warschau, 13. Jänner. Der mehrmonatige Prozeß gegen die ehemaligen Führer der oppositionellen Links- und Zentrumsparteien, welche bekanntlich unter der Anklage der Vorbereitung eines Sturzes des Regims Marschalls Pilsudskis standen, wurde heute beendet. Kurz vor 1 Uhr mittags verkündete der Vorsitzende des Gerichtshofes das Urteil.

Die Abgeordneten Dubois, Prager, Ciolkosz, Patek und Mastek wurden zu je drei Jahren Kerker, die Abgeordneten Liebermann, Barlicky und Kiernik zu je zweieinhalb Jahren Kerker, der Bauernabgeordnete Bagynski zu zwei Jahren Kerker und der ehemalige Ministerpräsident und Abgeordnete der Volkspartei Witos zu eineinhalb Jahren Kerker verurteilt.

Der Angeklagte Sawiski, Abgeordnete der Bauernpartei, wurde freigesprochen.

*

Gegen das Urteil haben sowohl die Staatsanwälte als auch die zehn verurteilten Abgeordneten die Berufung eingelegt. Das Gericht beschloß, die bisherigen Präventivmaßnahmen gegen die Verurteilten in der Form der den Angeklagten nach ihrer Entlassung aus dem Brester Gefängnisse auferlegten Geldkaution in der Höhe von 5000 bis 10.000 Zloty aufrecht zu erhalten und die Verurteilten auf freiem Fuß zu belassen.

Nach der Verkündigung des Urteils verlas der Vorsitzende dessen ausführliche Begründung. Daraus geht hervor, daß das Gericht die Angeklagten von der Anklage der Vorbereitung zum gewaltsamen Sturz der Regierung freisprach und lediglich die Schuld der Angeklagten wegen Beteiligung an einer Verschwörung bestätigte. Das Gericht nahm ferner beim Strafausmaß als mildernde Umstände die Verdienste der sozialistischen Partei, welcher die Mehrzahl der Angeklagten angehörten, in den Unabhängigkeitskämpfen Polens, und mit Bezug auf den Abgeordneten Witos, dessen persönliche Verdienste auf dem Posten des Ministerpräsidenten der Regierung der nationalen Verteidigung im Jahre 1920 während des polnisch-sowjetrussischen Krieges an. Das Urteil wurde mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gefaßt, da der Richter Leszczynski ein Separatvotum gegen die Verurteilung erhob.

Ovationen für die Verurteilten.

Nach der Urteilsverkündigung brachen die verurteilten sechs sozialistischen Abgeordneten in den Ruf aus: „Es lebe die polnische sozialistische Partei!" Da dieser Ruf von den im Gerichtssaal befindlichen Anhängern dieser Partei wiederholt wurde, wurden sie von der Polizei aus dem Saale entfernt. Als die verurteilten Abgeordneten das Gerichtsgebäude verließen, wurden ihnen von ihren Anhängern Ovationen bereitet. Die Demonstranten wurden jedoch von der Polizei rasch zerstreut.

Amtsverlängerung durch Volksbegehren?

Eine Aktion des Jungdeutschen Ordens

Berlin, 13. Jänner. Wie das Conti-Büro erfährt, hat die Jungdeutsche Bewegung soeben beim Reichsinnenminister einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs eingereicht. Diesem Antrag soll sich auch die Volksnationale Reichsvereinigung angeschlossen haben. In einem Aufruf appelliert der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, an die anderen Verbände und Bünde, sich diesem Volksbegehren anzuschließen.

*

Im Reichstag fand am Mittwoch abend eine rein private Besprechung von Mitgliedern der Mittelparteien über die Volkswahl des Reichspräsidenten von Hindenburg statt. Dabei ergab sich Einigkeit darüber, daß die Aufstellung und Wahl Hindenburgs als gemeinsamer Kandidat des ganzen Volkes ein erstrebenswertes Ziel auch im Hinblick auf die Außenpolitik sei. Gleichzeitig kam jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VdZ hört, zum Ausdruck, daß die Parteien keinen Schritt in dieser Richtung unternehmen könnten, weil dadurch der Erfolg nur gefährdet werden könnte. Man würde es natürlich begrüßen, wenn andere Kreise, die parteimäßig nicht gebunden sind, die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatur Hindenburgs übernähmen.

Eine Versammlungsrede Dr. Fricks scheint dafür zu sprechen, daß die Nationalsozialisten auch bei einer ordentlichen Wahl nicht bedingungslos für die Kandidatur Hindenburgs eintreten werden, sondern dafür zumindest den Kopf Brünings verlangen werden. Als eventueller Kandidat der Nationalsozialisten wird General Epp genannt.

Die Berliner Stillhalteverhandlungen.

Annäherung, aber noch kein Abschluß.

Berlin, 13. Jänner. In den Berliner Stillhalteverhandlungen ist eine sehr erhebliche Annäherung der Standpunkte der Verhandlungsparteien zu verzeichnen. Doch eilen die Kombinationen, daß man unmittelbar vor Unterzeichnung des Stillhalteabkommens stünde, den Tatsachen voraus.

Ohne Krawalle gehts nicht!

Halle, 13. Jänner. Die deutsche Studentenschaft Halle erklärt, daß sie den Burgfrieden der Universität infolge von Ausführungen Professors Dehns als gebrochen betrachtet.

Russisch-rumänische Nichtangriffspakt gescheitert.

Bukarest, 13. Jänner. In offiziellen Kreisen herrschte ein starker Pessimismus in Bezug auf die in Riga geführten Nichtangriffspakt-Verhandlungen mit den Sowjets. Das Außenministerium erklärt, daß die sowjetrussischen Vorschläge unannehmbar seien. Der Text derselben wurde der französischen und der polnischen Regierung zur Information mitgeteilt.

Nach der ersten Beratung der beiden Delegierten, des rumänischen Delegierten Sturdza und des Sowjetdelegierten Stomonjakow, legte der erstere den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vor, in der zweiten Zusammenkunft legte Stomonjakow einen sowjetrussischen Gegenentwurf vor. In der dritten Sitzung schlug der sowjetrussische Delegierte mit Rücksicht auf die prinzipiellen Einwendungen, die ein tatsächliches „non possumus" bedeuten, verschiedene Formeln vor, die der rumänische Delegierte jedoch als unannehmbar bezeichnen mußte. Die Verhandlungen gerieten ins Stocken.

Abrüstungskampagne der ungarischen Genossen.

Budapest, 13. Jänner. Die Parteileitung und die Parlamentsfraktion der ungarischen sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der demnächst stattfindenden Abrüstungskonferenz und beschloß in Budapest und in den größeren Städten des Landes Versammlungen für die Abrüstung und Entwaffnung abzuhalten, deren Entschließungen auch der Genfer Abrüstungskonferenz zugeschickt werden sollen. Die Parlamentsfraktion fordert von der ungarischen Regierung, sie solle auf der Abrüstungskonferenz den Standpunkt vertreten, daß Ungarn ohne jede Bedingung und ohne Vorbehalt für die Abrüstung und die Entwaffnung sei. Von den Großmächten solle Ungarn die Einlösung ihrer den Völkern feierlich gemachten Versprechungen fordern. Schließlich wurde festgestellt, daß ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Nachfolgestaaten unumgänglich notwendig sei.

Die „Nepszawa", die einen Aufruf für den Frieden und gegen die Rüstungen brachte, verfiel der Konfiskation.

Briand muß ganz ausspannen.

Paris, 13 Jänner. Briand wurde gestern nachmittag von Spezialärzten untersucht, u. a. vom Herzspezialisten Professor Vaquez. Briand soll sich auf Anraten der Aerzte entschlossen haben, sich auf sein Anwesen in Cocherel in der Normandie behufs weiterer Erholung zurückzuziehen.

Ein Gegengift gegen die Korruption?

Eine seit längerer Zeit immer wieder auftauchende Idee scheint Blättermeldungen zufolge gegenwärtig in parlamentarischen Kreisen ernstlich diskutiert zu werden, das ist die Subventionierung der politischen Parteien aus Staatsmitteln. Es sind die „Lidové Noviny", die zu berichten wissen, daß im Zusammenhange mit den Bestrebungen auf Einsetzung einer Ersparungs- und Kontrollkommission auch der Plan aufgetaucht ist, den politischen Parteien, welche im Parlamente vertreten sind, jährlich angemessene Subventionen zu gewähren, die zur Deckung ihrer Auslagen dienen sollen. Den Schlüssel zur Bemessung der Höhe dieser Zuwendungen aus Staatsmitteln soll die Anzahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien bilden. Angeblich gehen die Anreger dieses Planes von der Hoffnung aus, es würde auf diese Weise am zweckmäßigsten den politischen Geschäftemachereien, zu denen jetzt die Parteien wegen der Unzulänglichkeit ihrer Mittel verführt werden, vorgebeugt werden können und sie behaupten sogar, der Staat würde dabei ersparen, wenn durch kontrollierte Subventionen der Produktion bei der Lieferungswirtschaft vorgebeugt werden würde, denn diese sei eine Quelle mannigfacher Korruption der Parteien und Personen. Ueber den Plan sei, so bemerken dazu die „Lidové Noviny", zwischen den Parteien verhandelt worden, aber es sei „erstaunlicherweise" vorläufig nicht viel Mut der Parteien zu dem Bekenntnis vorhanden, von staatlichen Subventionen zu leben, doch dringe die Anschauung immer mehr durch, es würde durch öffentliche staatliche Subventionen die Möglichkeit einer Gesundung der staatlichen Wirtschaft und einer Reinigung der Verhältnisse in den politischen Parteien gegeben werden.

Man geht in der Annahme gewiß nicht fehl, daß ein solcher Plan wohl bei einzelnen politischen Parteien freundliche Aufnahme findet, daß sie bei jenen, die sich schon bisher durch geheime Subventionen einen sehr wesentlichen Teil ihrer Ausgaben decken ließen, daß aber eine Reihe anderer Parteien nicht dafür zu haben sein werden und daß er bei manchen von ihnen, ganz besonders aber in den weitesten Schichten der Bevölkerung auf Empörung und Widerstand stoßen würde. Was die „Lidové Noviny" erstaunlich finden, nämlich, daß auch unter den politischen Parteien noch Sinn für Sauberkeit des öffentlichen Lebens und für das Ansehen der Demokratie und des Parlaments vorhanden ist und sie sich daher abgeneigt zeigen, einem Plane zuzustimmen, der diesem Ansehen einen verhängnisvollen Stoß versetzen würde, das kann nur für jemand erstaunlich sein, der — abgesehen vorläufig von allen anderen Gründen, welche gegen diese Absicht sprechen — bei der Bevölkerung das Vorhandensein derselben derben Haut voraussetzt, wie sie gewissen Subventionsfreunden eigen ist und es kann erstaunlich nur für jene sein, die noch immer nicht merken wollen, in welcher Zeit wir leben. Man hebt neue Steuern ein und will noch andere erhöhen, die Staatsangestellten müssen sich eine Kürzung der Bezüge gefallen lassen, die wachsende Zahl der Arbeitslosen kann kaum notdürftig ernährt werden und da „erwägt" man, den politischen Parteien Gelder aus Staatsmitteln zuzuführen! Schon die Diskussion über eine solche Absicht ist verwerflich.

Verwerflich aber ist auch, Zustände, die sich unter Mißbrauch der Macht und gewiß nicht zum Nutzen der Demokratie im geheimen herausgebildet haben, mit gewissen Modifikationen dauernd legalisieren zu wollen. Früher haben an den geheimen Zuwendungen nur gewisse Regierungsparteien teilgehabt, die sich

nicht scheuten, sich ihre Staats- und Regierungstreue durch Kohlencinfuhrscheine und durch Gelder aus verschiedenen Fonds in bar bezahlen zu lassen, nunmehr, da diese Mittel im Versiegen sind, soll durch die staatliche Subventionierung Ersatz geschaffen werden und an ihr sollen alle Parteien teilhaben. Es gibt Parteien, die einen weit über ihre Verhältnisse und ihre Einnahmen aus Parteibeiträgen hinaus ausgedehnten Parteiapparat haben, der eben aus jenen geheimen Zuwendungen geschaffen wurde, die früher reichlich und unkontrolliert geflossen sind, die es jetzt gerne in Kauf nehmen möchten, daß auch die übrigen Parteien etwas aus der Staatsschüssel erhalten, wenn sie dabei nur in die Lage gesetzt werden, ihre übergroße Zahl von Sekretären und Zeitungen erhalten zu können. Die Beseitigung dieser Bedrängnisse, in welche diese Parteien geraten sind, durch Inanspruchnahme von Staatsgeldern, wird außerhalb dieser Parteien niemand als im Staatsinteresse gelegen ansehen können.

Die Subventionierung soll eine Reinigung des parlamentarischen Lebens bewirken? Vor allem höre man damit auf, die Korruption als eine Art Naturerscheinung hinzustellen, die sich bei den politischen Parteien sozusagen automatisch einstellen muß, wenn ihnen zur Deckung ihrer Betriebsauslagen nicht die genügenden Geldmittel zur Verfügung stehen. Es gibt noch andere Wege zur Reinheit, als den, den Teufel mit Beelzebub austreiben zu wollen. Eine Garantie dafür, daß nach Einführung des Systems der staatlichen Subventionierung keine politische Partei mehr sich Geld durch Geschäftemachereien zu versorgen suchen wird, ist nicht gegeben, denn Geld und noch immer mehr Geld wird stets gebraucht. Und wäre etwa damit der Korruption des einzelnen, der, sei es für sich oder für politische Zwecke Bestechungsgelder annimmt, ein Riegel vorgeschoben? Schon das müßte die Verfechter der Idee veranlassen, von der Erörterung ihres Planes abzulassen, daß es antidemokratische Parteien gibt, die Geld aus anderen Quellen empfangen und die sich gerne die Geste des Verzichtes auf die Subventionierung leisten würden, um über die anderen Parteien und den Parlamentarismus herzufallen. Man braucht nur zu sehen, wie jetzt schon die Prager faseistische Boulevardpresse aus der Tatsache der Diskutierung des Planes für ihre Partei politisches Kapital zu münzen sucht, um sich vorstellen zu können, wie es erst nach Durchführung des Planes wäre. Es gibt, soweit bekannt, in keinem Staate eine ähnliche Einrichtung, wie es die allgemeine staatliche Subventionierung der politischen Parteien wäre. Es steht zu hoffen, daß die Tschechoslowakei nicht den Ehrgeiz haben wird, es hier anders zu halten.

Es hieße die politischen Parteien zu einem Mechanismus herabzuwürdigen, wollte man ernstlich, anstatt sie ihre Kraft aus der Anhänglichkeit und Opferwilligkeit ihrer Bekenner schöpfen zu lassen, sie zu einer Art staatlicher Institution gestalten. Was zur Entlastung der Parteien getan werden könnte und sollte, das ist eine Herabsetzung der ihnen auferlegten horrenden Wahlkosten. Alles andere ist ungerechtfertigt, würde kein Gegengift gegen Korruption sein, die man durch eine wirksame Kontrolle und schonungslose Ausmistung der Schuldigen ungleich besser bekämpfen könnte, und sie würde den Parlamentarismus diskreditieren, darum ist es undiskutabel.

Waffen beschlagnahmt — Kampfkraft erhöht!

Zu dem behördlichen Einbruch in das Ottakringer Arbeiterheim.

Die Wiener Polizei ist über richterlichen Auftrag — und zweifellos auf Wunsch und Willen der österreichischen Regierung — in das Ottakringer Arbeiterheim eingebrochen und hat dort ein Waffenlager ausgehoben, auf dessen Vorhandensein vermutlich ein Verräter, einer von der abscheulichsten Sorte der Denunzianten, die Behörden aufmerksam gemacht hatte.

Daß die Wiener Regierung mit dieser Aktion einen schweren Hieb gegen die österreichische Arbeiterbewegung und das heißt gegen die Sozialdemokratie beabsichtigte, ist sonnenklar — weniger klar aber ist, ob die Feinde der österreichischen sozialistischen Arbeiterklasse auch heute noch, nach der Aktion, sich dieser Tat ehrlich freuen werden. Denn sowohl die spontanen Kundgebungen, die die Ottakringer Genossen sofort während und nach der Waffensuche veranstalteten, als auch die Antwort, die der Regierung durch die „Arbeiter-Zeitung" zuteil wird, und wahrscheinlich noch mehr die sozialdemokratische Vertrauensmännerkonferenz, die gestern im geplünderten Arbeiterheim tagte, — all dies wird der Regierung und den bürgerlichen Parteien Oesterreichs deutlich vor Augen führen, daß unsere österreichischen Freunde unterschiedslos diese Waffenbeschlagnahme als einen frechen Einbruch, als neuerliches Symptom der christlichsozial-heimwehrfaseistischen Klassenherrschaft, als den Gipfelpunkt der Versuche betrachten,

die Staatsgewalt zugunsten der reaktionären Umstürzler gegen die republikanische Arbeiterschaft auszuspielen.

Gewiß: das österreichische Gesetz verbietet den Besitz von Waffen; aber die Exekutive österreichischen Gesetzes ist nur auf der Suche nach republikanischen Waffen in den Händen der Sozialdemokratie, während sie gegen die waffenstrotzende Heimwehr nicht nur niemals durch einen ähnlichen Akt einschritt oder einzuschreiten gedenkt, sondern

Waffenbesitz und Waffengebrauch der Heimwehren duldet, ja offensichtlich fördert.

Unter Duldung und Führung des damaligen Bundeskanzlers Seipel hat die Heimwehr Millionen-Unterstützungen für ihre Ausrüstung in Waffen erhalten; unter Duldung der österreichischen Behörden veranstaltet die Heimwehr seit 1927 bewaffnete Aufmärsche und hat im September des Vorjahres aus Gewehren und Maschinengewehren auf Sozialdemokraten geschossen, ohne daß das Bundesheer oder die Gendarmerie oder die Polizei nach dem Finale des tragikomischen Putsches auch nur einen Schuß Munition beschlagnahmt, auch nur an einer Stelle noch Waffen bei den Totengräbern der österreichischen republikanischen Freiheit gesucht hätte!

Eben deswegen, weil die offizielle Republik in Oesterreich Land und Leute gegen die Kugeln der Heimwehrbanditen nicht schützt, mußte und muß die österreichische Arbeiterschaft sich und die Republik gegen die bewaffnete Reaktion selber schützen!

Und mit dem Einbruch in das Ottakringer Arbeiterheim hat die Regierung politisch nur das Eine erreicht, daß die österreichischen Genossen noch mehr als bisher aufbieten werden, um jeder versuchten Wiederholung des Heimwehrputsches vom vergangenen Herbst noch besser gerüstet als vordem begegnen zu können. Kaum waren die Waffen aus dem Haus der Ottakringer Arbeiter weggeschafft, als schon im roten Wien die Parolen von Mund zu Mund gingen:

Nun erst recht! Binnen wenigen Wochen zehntausend aktive Schutzbündler in Wien mehr! Um zehntausend mehr Genossen, die als regelmäßig unterstützende Mitglieder den Schutzbund stärken! Stärkung des schutzbündlerischen Kampffonds!

Hinter diesen Parolen steht der Wille der herrlich einigen österreichischen Arbeiterklasse, der Gesamtwille der österreichischen Sozialdemokratie! Was bedeutet dagegen die Beschlagnahme der Waffen in Ottakring!

Ein internationales Kohlenkartell?

Genf, 13. Jänner. Die dreitägigen Verhandlungen der Kohlenkommission, an denen Vertreter der hauptsächlichsten Kohle produzierenden Länder Europas teilnahmen, sind heute abgeschlossen worden. Die Regierungsvertreter, die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter waren einmütig der Auffassung, daß die schwere Krise des Kohlenmarktes nur durch eine internationale Kohlenverständigung beendigt werden kann. Es scheint, daß man der Bildung eines internationalen Kohlenkartells nahegekommen ist.

Die Konferenz hat über ihre Arbeiten ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt: Die Sachverständigen betonten die Notwendigkeit, in einem internationalen Rahmen nach Mitteln zu suchen, die geeignet sind, die Lage zu bessern. Gelegentlich einer früheren Beratung im Jahre 1929 wurde die Idee einer internationalen Abmachung zwischen den Kohlenproduzenten vorangestellt. Damals war aber das Terrain noch nicht vorbereitet. Nationale Abmachungen, die eine Grundlage für eine internationale Vereinbarung bilden müssen, existierten noch nicht. Heute sind solche nationale Abmachungen verwirklicht. Alle Sachverständigen betonen, daß es notwendig sei, so schnell wie möglich zu einer internationalen Vereinbarung zu gelangen. Die Methoden und Mittel, die zur Schaffung einer internationalen Kohlenvereinbarung führen, wurden erörtert, desgleichen die eventuelle Form einer solchen Vereinbarung. Die Sachverständigen unterstrichen die Vorteile, die sich aus einer solchen Abmachung ergeben würden, und zwar hinsichtlich der Produktion und der Verteilung der Kohle, der Erhaltung eines wirtschaftlichen Privatniveaus usw.

Die Ergebnisse der Beratungen werden dem Wirtschaftskomitee des Völkerbundes und dem Völkerbundrat unterbreitet werden.

5000 Tonnen Kohle für Arbeitslose.

Brüx, 13. Jänner. Ueber Beschluß der Regierung wurden dem Volksernährungsministerium aus den Brüxer staatlichen Gruben 5000 Tonnen Kohle für Arbeitslose zur Verfügung gestellt.

Frauenfreude-Mädchenglück!

In der „Sudetendeutschen Tageszeitung" vom 9. Jänner 1932 (zwar Sonnabend, jedoch nur Jänner, statt Eismond) erwärmt sich ein Herr Ingenieur Rudolf Kwiech für den § 144 des Str.-G.-B. Da von „gewisser Seite" — Juda und die Marxisten sind zwar nicht ausdrücklich genannt, aber unfehlbar gemeint — manches getan werde, diesen „für unser Volk lebenswichtigen" Paragraphen zu Fall zu bringen, überwindet der Herr Ingenieur die Hemmungen, die ihm die deutsche Sprache bereitet, wenigstens teilweise, und bemüht sich „Um die Mutterschaft" (bitte nicht falsch verstehen! nur) in einem „Für unsere Frauen" geschriebenen Artikel des Nordsudetendeutschen Tagblattes.

Die Sittenlosigkeit unserer Zeit, auch freie Liebe genannt, stürme immer heftiger gegen die Ueberreste altgermanischer Kultur und ginge in letzter Zeit sogar so weit, nicht nur die Früchte ihres Treibens abzutreiben, sondern für dieses ihr Treiben und Abtreiben auch die gesetzliche Sanktionen zu verlangen. Wenn die „heiligsten Güter" dermaßen bedroht werden, kann die „Sudetendeutsche" nicht schweigen. Zwar kann sich auch Herr Kwiech dem Elend der unehelichen Mütter nicht verschließen, aber — so meint er — „man darf nicht verallgemeinern". Zwar hat auch Herr Kwiech schon etwas davon läuten gehört, daß manche Schwangerschaft eine schwere gesundheitliche Gefährdung der Frau bedeute, aber er will nicht, daß man übertreibe. Ueberdies bedeute jeder Eingriff in jedem Fall eine schwere gesundheitliche Schädigung, läßt das Tetschen-Bodenbacher Weltblatt ausgerechnet einen Ingenieur schreiben, der allenfalls etwas von seinem Fach verstehen mag, in medizinischen Fragen jedoch kaum mehr Bescheid wissen dürfte, als ein Schriftleiter seines Blattes in Fragen des deutschen Stiles.

„Nicht verallgemeinern!" „Nicht übertreiben!" Es geht uns allen ja so gut! Die paar lumpigen hunderttausend Erwerbslosen bei uns oder in Oesterreich, die wenigen Millionen (nicht einmal ganze sechs) in Deutschland? Gar nicht der Rede wert. Hätten wir sie nicht, niemals könnten wir „siegreich Frankreich schlagen". Das ist richtiger als ein menschenwürdiges Dasein der Proleten, die es in Wirklichkeit ohnehin nicht gibt, da die ganze Klassenteilung bekanntlich nur eine boshafte Erfindung der Sozis ist. Daß unter den heute gegebenen Verhältnissen eine Arbeiterfamilie außerstande sei, einer größeren Anzahl von Kindern eine halbwegs ausreichende Bildung zu ermöglichen? Lächerliches Argument! Seht doch die Schriftleiter der deutschnationalen Presse! Haben die etwa irgendeine Bildung? Und dennoch geht's ihnen nicht schlecht. Die vielen Proleten können nicht leben, die Arbeitslosenziffern beweisen es? Leben? Brauchen sie gar nicht, sie wollen „Sterben als ein Held" (singe: He—e—e—eld). Tun sie's nicht, könnte die Reihe gar an die Schriftleiter selbst kommen. Da verlöre das Nationalbewußtsein allen Reiz für sie.

„Heiligste Güter"? Die Generäle und die Rüstungsindustrie brauchen Soldaten, die Fabrikanten ein Ueberangebot von Arbeitskräften, ihre faseistischen Politiker ein Millionenheer Verzweifelter. Sie wollen ihre aus dem Leim gegangene Gesellschaftsordnung zusammenkitten. Gebt ihnen einen Tritt! Wenn aber so einer sittliche Entrüstung über „das sich ausleben" der proletarischen Jugend heuchelt, einer, der wahrscheinlich erst in der „heiligen Ehe, die die Keimzelle unserer Kultur ist" erfahren hat, daß es zwei Geschlechter gibt, dann laßt es bei einem Tritt nicht bewenden.

lt.

4

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v Oskar Wöhrle

(Verlag „Der Bücherkreis", G. m. b. H., Berlin SW. 61.)

Es wird still im Zimmer und bleibt es lange.

Nichts anderes ist hörbar, als das Atmen der fünf Männer und das Rieseln des Sandes im Uhrglas. So still und peinlich ist diese Pause, daß ihr schließlich Herr Ehinger gewaltsam ein Ende macht, indem er mit hüstelndem Lächeln sagt:

„Mir will scheinen, ehrsame Herren, wir hätten eben samtander einen Juden in den Himmel gelüpft!"

„Einen Juden in den Himmel gelüpft! Einen Pestfarbigen!" schreit aufstehend Herr Johann von Schwarzach. „Ei du geröstetes Donnerwetter! Warum nicht gar!"

Dabei schlägt er ein prustendes Lachen an, in das die drei Herren vom Rat unverzüglich mit einstimmen, indessen der grimme Hans Hagen auch nicht das kleinste Fältchen in seinem ledernen Jagdhundgesicht verzieht.

Das Lachen wirkt wie ein Signal zum Aufbruch.

Die Ratsherren schlurfen nacheinander in den Saal zurück.

Muntprat, als der Jüngste, bückt sich beim Hinausgehen, hebt das Amtsrohr auf und legt es vor Herrn Johann von Schwarzach auf den Tisch.

Bürgermeister und Vogt sind allein.

„Warum im Harnisch, Vogt?"

„Ich will nachher die Straße nach Radolfzell abreiten."

„Liegen wieder Strauchritter hinter den Hecken?"

„Das grad nicht, Bürgermeister. Aber ich habe Kundschaft, es sammt' sich verdächtiges Volk in der Gegend. Spielleute, Gaukler, Kirmesgesindel, und vor allem diese verdammten Scheurenpürzler, diese seltsamen Bürsten- und Mausefallenhändler, die wir rund um unseren Stadtetter nicht mehr loswerden, seitdem die Väter des Konzils dabei sind, der böhmischen Gans die ketzerischen Federn aus dem ungebärdigen Fittich zu reißen. Irgend etwas muß im Gang sein. Denn umsonst sammelt sich diese Tagdiebschaft nicht schwarmweis' im Gau, wie herbstlings und winters auf den Saatfeldern die Krähen. Ich hab Lust, heut gewappnet unter sie zu stoßen, wie der Häher unter die quarrenden Enten!"

„Du wirst dein Gelüst zurückstellen und deinen Ritt aufgeben müssen, Vogt!"

„Weswegen?"

„Weil die frommen Väter übereingekommen sind, das bisher mit der böhmischen Gans betriebene Federrupfen sein zu lassen und sie des morgigen Tages für ewige Zeiten zu braten!"

„Hus soll also sterben?"

„Er soll nicht. Er muß! Morgen, im Laufe des Nachmittags, wird er durchs Geltinger Tor auf den Brühl hinausgeführt werden, um dort zu brennen!"

Hans Hagen, der Vogt, pfeift unwillkürlich durch die Zähne. Ein kurzer, eigentümlicher Pfiff ist's, der gleiche, mit dem er bei wichtigen Anlässen die ihm unterstellten Reiter und Stadtknechte zusammenzurufen pflegt. Diesmal pfeift er keinen Knechten. Diesmal pfeift er seinen auseinandergelaufenen Gedanken, sich schleunigst zu sammeln.

„Ja, Vogt!" spricht der Bürgermeister weiter und fährt dabei mit dem Zeigefinger einer der verschlungenen Arabesken nach, die schwertfegerliche Kunst in langer mühseliger Arbeit in den Brustschild des vor ihm Stehenden getrieben hat. „Der Böhme muß brennen, und wir von der Stadt haben die Ehre, das Brandschauwerk in die Hand zu nehmen mit allem Drum und Dran. Außerdem, wie der Syndikus des Konzils, Herr Heinrich von Piron, zu schreiben geruht, sollen wir dafür sorgen, daß sich alles in Ordnung zutrage, daß nirgendwo Zusammenrottungen entstehen, Haufen Volks, die den Gang der Exekution stören oder irgendwie behindern könnten, Kundgebungen der Böhmen oder der Hus sonstwie Zugetanen. Und das alles bei Strafe des großen Kirchenbanns."

„Es wird ein heißer Tag werden, Bürgermeister!" meint der Vogt, vorsorglich, wie Schweiß wischend, über die Stirne streichend, wo ein brandroter, in die Haut eingepreßter Streifen den Sitz des Lederfutters seiner Eisenkappe anzeigt.

„Für dich besonders heiß, Vogt; denn du hast den ganzen Karren in Gang zu bringen!"

„Das wäre das Schlimmste nicht. Der Böhme ist ja der erste nicht, den ich auf seinem letzten Gang eskortiere. Doch die Sache hat einen Haken! Wir haben nämlich im Augenblick gar keinen Nachrichter zu Handen!"

Nun ist die Reihe, überrascht durch die Zähne zu pfeifen, an Herrn Johann von Schwarzach. Wieder melkt er hastig seinen Bart:

„Was? Keinen Nachrichter zu Handen? Wie kommt das?"

„Erinnere dich: er ist den Feldkirchern ausgeliehen worden, um zwei Pferdediebe zu henken, die sich auf unsere Gerechtsame berufen haben."

„Aber er wird doch bis morgen zurück sein?"

„Ausgeschlossen!"

„Was tun im Sturm?"

„Es bleibt nur eines übrig, Bürgermeister. Beorder sofort ein Ruderboot über den See und bitte dir bei den Ueberlingern Antnon Weikli aus, den Graubünder, der heut den Sernatingern einen Baumfrevler schindet."

„Gut, Vogt, laß ein Ratsboot abplätschern."

„Es ist aber nicht allein mit den Ruderknechten getan. Ich muß mindestens fünf Rotten Stadtschützen mitgeben!"

„Was, zehn Armbrüste? Das wird ja das reinste Kriegsschiff!"

„Wenn auch, Bürgermeister, es ist notwendig. Die vom Grimmenstein haben wieder ein paar Planken aufs Wasser gebracht und machen damit die Obersee-Gegend unsicher."

„Hol die Hunde der Teufel!"

Dieser Fluch des Bürgermeisters, aus tiefstem Herzen herausgestoßen, ist wörtlich gemeint, keine gedankenlose Floskel.

Mit gutem Grund.

Herrn Johann von Schwarzach wird jedesmal der Mund sauer, wenn das Gespräch irgendwie auf die Brüder vom End kommt. Denn diese unruhigen Streithähne und Raubritter haben den Einwohnern der Städte am See, besonders den guten Konstanzern, gar so manches Schnippchen geschlagen.

Kaum zwei Jahre sind's her, da stibitzten sie dem damals regierenden Bürgermeister der Stadt, dem Herrn Ruch, dreist wie Stehlraben, zwanzigtausend Schindeln, neue, prima Ware, und führten sie bei Nacht und Nebel auf zwei verdeckten Bauernwägen fort.

Niemand, auch das Kollegium der Heimlichen nicht, hatte zunächst gewußt, wie der listige und verwegene Diebsstreich eingefädelt gewesen war.

Erst nachdem der Schinder einem der gefänglich eingebrachten Knechte an der Galgensäule zwei Riemen vom Nacken bis an die Fersen geschnitten und abgezogen und ihm solche für seine Leugnungshartnäckigkeit zu fressen gegeben, gelang es dem über das Blut richtenden Kleinen Rat, das ganze Raubkomplott aufzudecken und die beiden Edelherren beweiskräftig zu bezichtigen.

Und das Ergebnis?

Mager genug. Der gemarterte Knecht ist daraufgegangen bei der Tortur; die hochwohlgeborenen Raubherren dagegen blieben ledig und von peinlicher Frage und Zwickzangen verschont.

(Fortsetzung folgt.)

Herr Syrový, das Volk und die Armee.

Wie die „Prager Presse" zu berichten weiß, hat der Generalstabschef Syrový im Offiziersverband einen Vortrag gehalten, in dem er sich mit dem Verhältnis zwischen der Armee und der Bevölkerung befaßte. Der Vortrag ist, beim Lichte besehen, ein Vorstoß der Generalität gegen die Abrüstungstendenzen, die sich auf parlamentarischem Boden bemerkbar machen, von neuem auch ein Vorstoß gegen jegliche pazifistische Tendenz in der Erziehung ist.

Der Herr General führte laut Bericht der „Prager Presse" u. a. aus:

General Syrový wies darauf hin, wieviel **Mißverständnis** und **Mißtrauen** zur Armee noch in der tschechoslowakischen Bevölkerung besteht. Den Grund sieht er hauptsächlich darin, **daß die Familie und die Schule den künftigen Rekruten nicht in den richtigen Vorstellungen vom Militärdienst erziehen.** Zu Hause und in der Schule sollte die Jugend in der Ueberzeugung erzogen werden, daß **große Dinge** nicht ohne Anstrengung, Selbstverleugnung und persönliche Opfer erreicht werden können. Der Jugend soll eingeprägt werden, **daß die Heimat, ihre Freiheit und ihr Anteil an der menschlichen Kultur so große Dinge sind, daß es würdig ist, hiefür Opfer zu bringen.** Die Erziehung der Bevölkerung ist aber auch in der Hand der Presse und der politischen Parteien. Diese Faktoren sollten sich vor jedem Dilettantismus in der Beurteilung der Fragen der Selbstverteidigung hüten und sollten auch in ihrer Kritik die große Aufgabe beachten, zu der die Armee bestimmt ist.

Das Mißtrauen zur Armee wäre leichter als durch obrigkeitliche Belehrungen durch die Abstellung der Zustände zu beheben, die zu ihm und zu den täglichen Soldatenselbstmorden führen. Seit Wochen grassiert in der Armee geradezu eine Selbstmordepidemie. An dem Tage, da Syrový seinen Vortrag hielt, wurde ein neuer Soldatenselbstmord, an dem Tage, da der Vortrag veröffentlicht wurde, wiederum einer gemeldet. Wir glauben, daß Haus und Schule der Jugend heute höchstens in dem Punkte Illusionen beibringen, als sie sich selbst von den militärischen Ideen der Generalität irreführen lassen. Im allgemeinen aber dürfte die Jugend eben den militärischen Drill nicht zu den „großen Dingen" zählen, denen man solche Opfer bringen muß. Sie wird vor allem auch zum guten Teil oder zum besseren Teil der Meinung sein, daß der Anteil der Heimat an der menschlichen Kultur in dem Maße wächst, als die militärischen Ausgaben und Opfer sinken.

Wenn sich aber der Herr Chef des Generalstabes gegen den militärischen Dilettantismus und die dilettantische Kritik an der Armee wendet, so geben wir ihm zu bedenken, daß es seine Aufgabe wäre, zunächst den Dilettantismus in der Armee selbst zu bekämpfen: den Dilettantismus der Erziehung, die mit einer Rekordziffer von Selbstmorden aufwarten kann, den Dilettantismus in der Ausbildung und der taktischen Schulung, die vielfach noch auf eine Art der Kriegführung eingestellt sind, die längst überholt erscheint, den Dilettantismus einer Wehrpolitik überhaupt, die da glaubt, kleine Staaten mit ausgedehnten Grenzen könnten nach alter Art Kriege führen. (Wenn die Generale nicht so dilettantisch wären, und manchmal die Meinung eines Zivilisten hörten, würde mancher Fehler ungeschehen bleiben.) Im Weltkrieg haben fast immer die Dilettanten, die Lloyd Georges und Churchill, die Delbrück und Leuthner — um ein paar Namen herauszugreifen — gegen die Generale Recht behalten.

Weiter heißt es in dem Bericht:

Der Vortragende befaßte sich dann mit den aktuellen Fragen der tschechoslowakischen Wehrmacht, wobei er die Frage der Herabsetzung der Militärausgaben und der Verkürzung der Präsenzdienstzeit berührte. Wir begreifen, sagte er, daß in der jetzigen Krise gespart werden muß. Ich zweifle aber, daß es nur das Militärbudget sei, an welchem am meisten gespart werden müsse. Wir sind bestrebt, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um den Forderungen der Regierung zu entsprechen, aber ich sage hier ganz offen, daß alle diese Abstriche schon jetzt **zum Schaden der Schlagfertigkeit der Armee an der Grenze der Möglichkeit** sind. Auch durch Herabsetzung der Länge der Dienstzeit erreichen wir nur das, daß wir alle Bedingungen für die Ausbildung und die Erziehung eines tüchtigen Vaterlandsverteidigers verschlechtern.

Zum Abrüstungsproblem erklärte General Syrový, **bis die ganze Welt abrüste,** werde kein Grund bestehen, warum nicht auch wir abrüsten sollten. Mag der Grad unserer Bereitwilligkeit zur Abrüstung wie immer sein, wir müssen immer zur Verteidigung des Staates vorbereitet bleiben.

Daß am Militärbudget am meisten gespart wird oder werden soll, mutet beinahe wie eine Frozzelei an. Bis jetzt ist nicht mehr gestrichen worden, als durch die Preissenkung der Heeres-Bedarfsartikel gedeckt ist, und Herr Syrový weiß sehr gut, daß ohnehin im Parlament zahlreiche Parteien sitzen, die aus purer militärischer Borniertheit das Heeresbudget aufs äußerste verteidigen. Was aber endlich seine Argumentation zur Abrüstung betrifft, so sollte sich gerade ein seriöser Fachmann schämen, mit derartigen ollen Kamellen aufzuwarten. Das lächerliche Argument, wir könnten abrüsten, wenn erst alle andern abrüsten, dieses Drängen vor der Tür, bei dem von einem halben Hundert Beteiligten jeder den andern vorlassen will, dürfte zu allerletzt geeignet sein, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Abrüstung zu überzeugen — und am wenigsten wohl bei uns, die wir an drei abgerüsteten Staaten grenzen.

Man darf vielleicht in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß von unseren Nachbarn Deutschland 100.000 Mann, Oesterreich 22.000, Ungarn 35.000 Mann unter den Waffen hat, daß keiner dieser Staaten Militärflugzeuge, schwere Artillerie und Tanks besitzt, und daß Polen und Rumänien als „Feinde" wohl nicht in Betracht kommen. Gegen wen also unterhalten wir eine Armee von 140.000 Mann, die in wenigen Tagen auf eine Viertelmillion gebracht werden kann, mit einem halben Tausend schwerer Geschütze, mit Tanks und zahlreichen Flugstaffeln? Vielleicht setzt uns Herr Syrový das einmal auseinander!

„Přítomnost" gegen Dr. Englis. In der größten tschechischen Wochenschrift „Přítomnost" wendet sich F. Peroutka gegen die Aeußerungen Dr. Englis's, welche in verhüllter Form das Brüningsche Rezept auch für die Tschechoslowakei empfehlen. Von den aktiven Politikern — schreibt er — ist uns Dr. Englis in wirtschaftlichen und einigen anderen Dingen die größte Autorität. In unserer Vorstellung galt er immer als der Führer. Umsomehr bedauern wir es, wenn er, wie es scheint, heute einen Weg einschlägt, auf welchem wir ihm nicht folgen können und wollen. Wir haben den Eindruck, daß der Führer uns verläßt, wir hören auf, ihn zu verstehen. Wir können ihm nicht folgen, wenn er die ganze weite Weltwirtschaftskrise, deren soziale, politische und technische Ursachen wir klar zu sehen glauben, auf eine bloße Deflationskrise reduziert. Wir können ihm auch darin nicht folgen, wenn er Abhilfe in einer Herabsetzung der Löhne und Gehälter sucht. Wir können uns mit ihm auch in der Unterschätzung der Rationalisierungsfolgen und in der Gleichgültigkeit diesem Problem gegenüber nicht einigen. Wir sind der Ansicht, daß die Hauptursache der Preissenkung eben die Unfähigkeit der Konsumenten, einzukaufen, ist, daß es im Grunde eine Konsumtionskrise ist und daß wir daher durch eine Herabsetzung der Konsumenteneinkommen die Produktion nicht gesund machen, sondern im Gegenteil in eine noch größere Krankheit stürzen würden. Der Unterschied zwischen uns und Englis ist der Unterschied zwischen einer engen finanziellen und einer breiten sozialpolitischen Auffassung der Krise. Daraus entspringt auch der Unterschied in den Mitteln, welche wir zur Abhilfe suchen.

Wie bei den Staatsbahnen gewirtschaftet wird. In Lundenburg wurde „Zur Erinnerung an den Bau des zweiten Geleises Lundenburg—Brünn" mit einem Aufwande von nicht weniger als 300.000 K ein Gedenkstein errichtet, obwohl das zweite Geleise kaum zu 20 Prozent erbaut ist und zum Ausbau noch eine ganze Reihe von Jahren notwendig sein wird. Das Finanzgesetz für 1931 sah lediglich die Vollendung der Partie Saitz—Branowitz vor. Zum „Gedenken" war also sicherlich kein Anlaß und es wäre dringend zu wünschen, daß der Herr Eisenbahnminister bekanntgibt, warum in der gegenwärtigen krisenhaften Zeit — die finanzielle Situation der Staatsbahnen braucht man doch nicht eigens zu schildern — ein so kostspieliger Bau um viele Jahre im vorhinein ausgeführt wurde.

Der Landesausschuß von Böhmen hat in seiner gestrigen Sitzung außer einer Anzahl von laufenden Angelegenheiten 57 Gemeindebudgets für das 1932 erledigt, Landeszuschüsse für Meliorationen und Wasserleitungen im Betrage von 247.000 K und 56 Gemeinden die Einhebung verschiedener Abgaben und Gebühren bewilligt.

Die deutschen Gewerkschaften zur Reparationsfrage:

Schluß mit den Zahlungen!

Deutschland hat die Verträge erfüllt.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschäftigt sich in der letzten Nummer der „Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes" mit der Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Reparationsfrage. Allgemein, so führt Leipart aus, würde jetzt anerkannt, daß Deutschland zahlungsunfähig sei. Aber man werfe ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuld sei, weil es in übermäßigem Umfange Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen wäre. Man tadle auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationszahlungen seine privaten Auslandsschulden als guter Schuldner zurückzahlen wolle. Leipart will deshalb seine Gewerkschaftsfreunde im Auslande durch seine Ausführungen auf einige grundlegende Irrtümer über die Aufbringung und Verwertung der Reparationszahlungen hinweisen.

Deutschland habe — so sagt Leipart — seit dem Versailler Vertrag nach den niedrigsten Berechnungen 25 Milliarden Mark, nach den höheren Berechnungen 58 Milliarden Mark im Rahmen der Reparationszahlungen geleistet. Dieser Kapitalverlust verbunden mit den Folgen des Krieges hätten Deutschland zur Aufnahme der Auslandsanleihen gezwungen. Deutschland brauchte diese Auslandsanleihen: „Sein Kapitalmark war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen." Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die so erreichte Erholung der deutschen Wirtschaft auch im Interesse der Siegerstaaten lag: „Denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft kann die jährlichen Reparationszahlungen aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland diese Anleihen aufnahm." Vergessen dürfe man auch nicht, daß die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurückblieben, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Zahlungen verbucht haben. Ohne diese Auslandsanleihen hätten aber die Fehlbeträge in der deutschen Devisen- und Zahlungsbilanz nicht gedeckt werden können, die durch die Zahlung von baren Reparationsleistungen entstanden. Man solle also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandsanleihen gefährdete. Daraus zieht Leipart für die Lausanner Konferenz folgenden Schluß: „Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürften. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugefallen sind. Sie haben also die Priorität genommen."

Die Ansicht der deutschen Gewerkschaften faßt Leipart dann in dem folgenden fundamentalen Satz zusammen: „Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt." Dafür gibt er folgende Begründung:

„Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verwischt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind u. E. durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen. Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfang nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zurzeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen. Deutschland hat sich die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Ueberschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen."

Leipart schließt seine Ausführungen: „Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Plans nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und -verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden."

„Edle" hakenkreuzlerische Leidenschaften.

Der reichsdeutsche sozialdemokratische Abg. Hoegner, von Beruf Staatsanwalt in München, veröffentlicht im Berliner „Vorwärts" vom 27. Dezember 1931 unter dem Titel „Sammelbecken des Bösen" — „Die fascistische Schlammflut" einen bemerkenswerten Artikel.

Er weist nach, wie das Hakenkreuzlertum eine Reihe schlimmer menschlicher Eigenschaft geradezu virtuos ausnützt: Rachsucht, Haß, Herrschsucht und Machtgier.

Wie Hitler selbst sich im Jahre 1923 gegenüber Reichswehroffizieren mit Gambetta, Mussolini und Napoleon verglich, so bestärkte er seine auserwählte Führerschar in dem Wahne, sie seien zu Uebermenschen geboren. Seine Führer sollten rücksichtslos die Masse beherrschen, die nach Hitler („Mein Kampf") träg und feig, nicht denkfähig und nicht tüchtig, auf keinen Fall aber „begnadet" ist. Angeblich „bessere Rasse" berechtigt nach ihm zur Führerschaft. So fachte er durch verbissene Judenhetze den im deutschen Volke selten gewordenen Rassenhaß zu lodernden Flammen an. Die Nichtangehörigen der „Herrenrasse" werden von ihm als „Mißgeburten zwischen Mensch und Affe" beschimpft. Der völkische Staat soll keinem höheren Zwecke dienen, als Rassenmenschen rein zu halten, heranzuzüchten, zu bevorzugen, denn, „was nicht Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu." Man kann sich unschwer vorstellen, wie sich in einer allzujugendlichen Führerschicht durch solche Lehren Ueberheblichkeit, Uebermut und Größenwahn einfressen muß.

Zum zweiten rechnet der Nationalsozialismus mit der Furcht der meisten Menschen vor kommenden Dingen. Er übertreibt seine Fortschritte und stellt seinen Endsieg als unausbleiblich hin. Den eigenen Anhängern werden Vorteile nach der Machtergreifung, denen, die den Anschluß versäumen, schlimmste Nachteile, Verlust von Stellung und Einkommen im Dritten Reich angekündigt. Beamten, die ihre Pflicht gegenüber nationalsozialistischen Ausschreitungen erfüllen, werden Nachteile angedroht.

Das eigentliche Lebenselement der Nationalsozialisten ist aber der Haß. In seinem Buche „Mein Kampf" fordert Hitler zu einer aktiven Auseinandersetzung, zu einem letzten Entscheidungskampf mit deutscherseits größten Schlußzielen, zur Vernichtung Frankreichs auf. Seitdem sich aber der Nationalsozialismus auf außenpolitischem Gebiet aus durchsichtigen Gründen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, hat er die ganze Woge seines Hasses auf seine innerpolitischen Widersacher abgelenkt. Diesen Haß zu erwecken und ständig zu schüren, schreckt er vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurück. Trotz aller Widerlegungen werden die Sozialdemokraten immer wieder als geborene Vaterlandsverräter, als verlumpte Söldlinge Frankreichs hingestellt. „So wenig eine Hyäne vom Aase läßt, so wenig ein Marxist vom Landesverrat", schreibt Hitler in seinem Buche „Mein Kampf". „Nicht nieder mit den Franzosen, sondern mit den Novemberverbrechern!" war sein Losungswort beim Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet.

Die Vernichtung der Marxisten wird von ihm „auf allen Wegen und mit allen Mitteln" betrieben. Sogar den Ruhrabwehrkampf sozialistischer Arbeiter hat Hitler als „marxistischen Schwindel", als „bezahlten Patriotismus" verächtlich gemacht. Nach seinem Ausspruch ist die „Rettung des Vaterlandes begründet erst in der Stunde, da der letzte Marxist entweder bekehrt oder vernichtet ist." Die verschiedenen Möglichkeiten dieser „Vernichtung" werden von den nationalsozialistischen Rednern in den Volksversammlungen mit breitem Behagen ausgemalt. Nie fehlt die Versicherung, daß Köpfe rollen werden. Man will unzählige Galgen errichten oder Zehntausende von marxistischen Funktionären in der Nacht „der deutschen Revolution", den langen Messern der SA-Leute überliefern.

Durch diese Art der Agitation wird in leicht empfänglichen Menschen ein förmlicher Blutrausch erzeugt, der in erregten Zeiten ungemein ansteckend wirkt.

Abg. Dr. Hoegner berichtet aus seiner eigenen Erfahrung, daß dem so ist. Den Ernst der nationalsozialistischen Absichten beweist das hessische Verschwörerdokument ebenso, wie der nationalsozialistische Verfassungsentwurf vom 9. November 1923, in dem in Dutzenden von Fällen als einzige Strafe die Todesstrafe vorgesehen ist.

So darf man sich über die möglichen Auswirkungen der nationalsozialistischen Haßpropaganda keiner Täuschung hingeben. Die Versammlungssprache der Nationalsozialisten hat breite Volksschichten namentlich die Jugend, unsäglich verroht. Die politischen Leidenschaften sind bis zur Siedehitze aufgepeitscht.

Die Beobachtungen des Abg. Dr. Hoegner sind ohne Zweifel richtig. Das Hakenkreuzlertum ist wirklich ein Sammelbecken böser Instinkte.

Wer Gelegenheit hat, im Parlament oder sonstwo etwa die Wutausbrüche des nationalsozialistischen Landesführers Böhmens, des Abg. Krebs zu beobachten, seine Drohungen gegen uns zu hören, wird wissen, welch „edle" Leidenschaften bei den Nazis die politische Triebfeder bilden. Wenn sie könnten, würden sie ihren unbändigen Haß gegen die Sozialdemokraten wirklich in die Tat umsetzen. Es wird aber dafür gesorgt, daß die Tollheiten Hitlers und der Seinen gebändigt werden.

Tagesneuigkeiten

Franz Schütz's letzte Fahrt.

Gestern nachmittags wurden die sterblichen Ueberreste unseres unvergeßlichen Freundes Franz Schütz von Komotau in das Krematorium nach Brüx übergeführt. Die Abschiedsfeierlichkeiten fanden vor dem Friedhofe in Komotau II (Stadtteil Oberdorf) statt. Gegen 2000 Arbeiter aller Berufsschichten, darunter besonders viele Eisenbahner, hatten sich eingefunden, um den lieben Kameraden auf seiner letzten Fahrt ein Stück Wegs das Geleite zu geben. Nachdem die Oberdorfer Arbeitersänger den Chor „Ein Sohn des Volkes wollt er sein" eindrucksvoll zum Vortrag gebracht hatten, hielten die Genossen Seeh für den Verband der Eisenbahner, Leinsmer für die Parteigenossenschaft und für die proletarischen Kulturorganisationen, Diez für die Eisenbahnerortsgruppe aus Oberdorf und für das Personal der Staatsbahnwerkstätte Komotau und Seidler für die Unie die Abschiedsrede. In ergreifenden und zu Herzen gehenden Worten schilderten die Redner, welch schweren Verlust die gesamte Arbeiterbewegung durch das Ableben dieses prächtigen Menschen, der Franz Schütz war, erleidet. Unzählige Berufskollegen und Arbeiter haben unserem Franz, der immer unermüdlich für ihre Interessen sich einsetzte, unendlich viel zu danken. Die Organisationen, in denen Schütz wirkte, beklagen den Tod eines ihrer Besten, dessen Andenken allen klassenbewußten Arbeitern stets teuer sein wird.

Der Trauerzug wurde von der Roten Wehr und den Arbeiterturnern angeführt, bewegte sich dann durch die Leipziger Straße bis zur Bahnübersetzung unweit der Roten Mühle, wo er sich zum Spalier teilte. Langsam fuhr dann das Leichenauto durch die Reihen des Spaliers, um hernach unter den letzten Freundesgrüßen die Fahrt nach Brüx fortzusetzen. Die Einäscherung erfolgte in der Feuerhalle heute um 4 Uhr nachmittags.

Die größte Bewässerungsanlage der Welt eröffnet.

London, 13. Jänner. (AK.) Heute eröffnet Vizekönig Lord Wellington in feierlicher Weise die größte Bewässerungsanlage der Welt, den sogenannten Lloyd-Staudamm in Sukkur. Der Staudamm ist mit einem Netz von sieben mächtigen Kanälen verbunden, durch die ein Gebiet im Ausmaße der britischen Inseln, das von der Sonne völlig ausgedörrt und absolut unfruchtbar ist, in fruchttragendes Land umgewandelt werden soll. Die 3.5 Millionen Einwohner der Provinz Sind, in der es fast niemals regnet, waren bisher fast einzig und allein auf die Wasserzufuhr durch den Indus angewiesen, der dieses Gebiet durchströmt.

Der Lloyd-Staudamm ist ca. eine Meile lang und besitzt 66 Bögen mit einem Durchmesser von je 60 Fuß. Die Wassermenge des Indus werden durch den Staudamm gesammelt und durch das 7000 Meilen lange Kanalnetz in rationeller Weise über das ganze Gebiet verteilt. Einige der Hauptkanäle sind breiter als der Suezkanal, und das Netz der Nebenkanäle, das an die Hauptkanäle angeschlossen ist, besitzt ein Ausmaß von 35.000 Meilen. Die Bewässerungsanlage ermöglicht die Bebauung einer Fläche von 6 Millionen Acres und der Jahresertrag des Getreides, das auf diesem Landstrich angebaut werden soll, wird auf 30 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Der Staudamm wurde mit einem Kostenaufwand von annähernd 15 Millionen Pfund Sterling errichtet. Aus allen Teilen der Provinz Sind strömt die Einwohnerschaft herbei, um an der feierlichen Eröffnungszeremonie teilzunehmen.

Unzufriedene Geldgeber.

Manchmal wird es den Geldgebern der Nazis zu toll, wenn ihre Beauftragten zu demagogisch Schmutzkonkurrenz in Sozialismus zu machen suchen. Dann liest man z. B. in der „Berliner Börsenzeitung":

„Wer wie wir der Auffassung ist, daß die in der nationalsozialistischen Bewegung steckende Kraft positiv für die Reichspolitik ausgenutzt werden muß, hat das Recht und die Pflicht, gefährliche Teilerscheinungen oder Krankheitssymptome in der NSDAP. festzustellen ... Die Parteiamtliche Zeitung der NSDAP. Sachsens veröffentlicht in seiner Nr. 301 einen Artikel, der ebenso gut in der „Roten Fahne" oder im „Vorwärts" hätte stehen können ... Die Nationalsozialisten seien geschworene Feinde dieses heute bestehenden kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems, gegen das sie unter Einsatz des Lebens kämpfen würden ... Als bedauerlich und verantwortungslos muß es bezeichnet werden, wenn ein nationalsozialistisches Parteiorgan vernunftwidrigen Klassenkampf mit den abgedroschenen Mitteln des Marxismus betreibt und seinen Lesern gegenüber behauptet, das kapitalistische Wirtschaftssystem, also der deutsche Unternehmer, sei an der Arbeitslosigkeit schuld."

Die sächsischen Unternehmer haben gewiß ein Recht, sich über zu weit getriebene Demagogie zu beklagen, haben sie doch besonders kräftig für die Stärkung der Kassen der Hitler-Partei gesorgt!

Wirbelsturm.

Birmangham (Alabama), 13. Jänner. Der Staat Alabama wurde heute von einem Wirbelsturm heimgesucht, dessen Opfer auf elf Tote und 150 Verletzte geschätzt werden. Auch der Materialschaden und die Verluste an Vieh sind außerordentlich groß.

Ein Mord in Preßnitz?

Preßnitz, 13. Jänner. Gestern abends fand man den 65 Jahre alten Schneidermeister A. Langer auf dem Ruhebett in seiner Wohnung tot auf. In der Nähe der Leiche, die einen Herz- und einen Lungenschuß aufwies, wurde der Revolver gefunden. Trotzdem hält man einen Selbstmord für unwahrscheinlich. Langer lernte gestern in einem Gasthause einen jungen Mann kennen, der ihn nach Hause begleitete und auch bei ihm übernachtet haben dürfte. Der junge Mann wurde trotz seines Leugnens, den Tod Langers irgendwie verschuldet zu haben, in Haft genommen.

§ 144. In der Vorwoche verschied im Saazer Krankenhaus an den Folgen eines verbotenen Eingriffes eine 28jährige Angestelltenfrau. Die Erhebungen ergaben, daß der Eingriff von der im Zusammenhang mit dem § 144 schon zweimal vorbestraften Frau Marie Z. in Saaz vorgenommen worden war, doch blieb die Hausdurchsuchung vorerst ergebnislos, bis schließlich in einem Rocke der Frau, sorgfältig ins Futter eingenäht, die Operationsbehelfe in unglaublich schmutzigem Zustande vorgefunden wurden. Frau Z., die vorgab, erkrankt zu sein, wurde verhaftet, doch weigerte sie sich, den Gang ins Bezirksgericht anzutreten, so daß schließlich das Sanitätsauto angesprochen werden mußte, mit dem die sich heftig sträubende Frau dem Saazer Bezirksgerichte eingeliefert wurde. Bei der Einvernahme bestritt die Z. entschieden, an dem Tod der jungen Frau schuldig zu sein.

Staatliche Bibliothekarprüfungen. Die Staatsprüfungen an der Staatlichen Bibliothekarschule in Prag finden am 15. Feber statt. Die Interessenten, die sich diesen Prüfungen (deutsch oder tschechisch) unterziehen wollen, mögen spätestens bis zum 1. Feber l. J. Zulassungsgesuche mit den laut § 3 der Prüfungsordnung vorgeschriebenen Belegen einbringen. Die Gesuche sind zu adressieren an die Staatliche Bibliothekarschule, Prag I., Staroměstské náměstí Nr. 16.

Das Ende der Bettlerin. Im Flußbett der Neiße bei den Schleusen unterhalb des Keilsberges wurde eine weibliche Leiche gesichtet, die zum Teil unter die Schleuse festgeklemmt war. Nach mehr als einstündigen Bemühungen gelang es, die Tote zu bergen, in welcher die etwa 80 Jahre alte Bettlerin Pauline Bulirsch aus Ober-Hanichen festgestellt wurde. Es steht nicht fest, ob die Bulirsch einem Unfall zum Opfer gefallen ist oder selbst den Tod gesucht hat.

Schwerer Rodelunfall. In Oberhohenelbe stieß ein mit vier jungen Leuten besetzter Rodelschlitten in sehr rascher Fahrt an einen Straßenstein, wobei drei der Fahrer so schwer verletzt wurden, daß sie dem Krankenhaus übergeben werden mußten, während der vierte Fahrer mit einer leichten Beinverletzung und Hautabschürfungen davonkam.

Ein Pferd um 12 Kronen. Einer Veröffentlichung der wolhynischen Landwirtschaftsgesellschaft zufolge werden auf den wolhynischen Märkten kleinere Arbeitspferde für 30 bis 40 Zloty zum Kaufe angeboten. Im polnischen Kreise Sdolbunowo unweit der russischen Grenze werden Pferde sogar zum Preise von 3 bis 7 Zloty — also von 12 K aufwärts — gehandelt.

Fünf Personen ertrunken. An der Küste von Tromsö (Norwegen) schlug ein mit fünf Personen besetztes Boot um. Alle fünf Insassen fanden den Tod in den Wellen.

Feuerpanik im Kinderheim. In Le Havre brach in einem Kinderheim während einer Festlichkeit ein Feuer aus. Auf der Bühne des Hauses wurden von 15 Kindern Tänze vorgeführt, als eine Pflegerin beim Anzünden einer Kerze aus Unvorsichtigkeit den Vorhang in Brand steckte. Die Flammen sprangen sofort auf die leichte Kleidung der Kinder über. Dreizehn Kinder erlitten zum Teil schwere Brandverletzungen. Im Saal brach eine Panik aus. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Ein Reisefabrikant. Vor dem Gericht in Budapest begann am Dienstag ein mehrere Wochen dauernder Prozeß gegen den Handelsschuldirektor Alfred Röser. Der Angeklagte wird beschuldigt, Jahre hindurch Hunderte von falschen Reifezeugnissen ausgegeben zu haben. Röser rechtfertigt sich damit, daß er nicht aus materiellen Motiven, sondern aus Nächstenliebe gehandelt habe. Durch seine „Zeugnisabgabe" seien viele Männer zu ihrem „Einjährigen" gelangt.

Vermißt. Am 2. Jänner 1932 um 8 Uhr 30 verließ der 23 Jahre alte Josef Makin aus Bösek, Bezirk Kuttenberg, das Haus in Bösek Nr. 4 und ist bisher nicht zurückgekehrt. Makin ist geistig zurückgeblieben und ein Sonderling, so daß Selbstmord nicht ausgeschlossen ist. Die Nachforschungen nach dem Vermißten waren bisher erfolglos.

Eine jugendliche Diebsbande. In Neukölln bei Berlin wurde eine jugendliche Diebsbande festgenommen, die es hauptsächlich auf Sportplätze und kleine Verkaufsstände abgesehen hatte. Einer der Burschen war bei seinem Tun erwischt worden und nach und nach waren seine fünf Freunde ermittelt und festgenommen worden. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß die Jungen einem Sportklub angehörten. Alle Mitglieder, etwa 16 an der Zahl, wurden ermittelt und eingesperrt. Der Klub stand unter der Leitung eines Achtzehnjährigen, der den Spitznamen „Strolch" führte. „Strolch" bestimmte stets die Lokale, in denen man sich treffen sollte. Anfang vergangenen Jahres waren es nur zwei bis drei Burschen, die jedoch allmählich Zulauf bekamen. Als sie im Sommer eine Schießbude ausräumten, veranstalteten sie ein Preisschießen. Das zog. Der Klub wurde immer stärker und zum Schluß nahmen sie niemanden mehr auf. „Strolch" hielt sehr auf Ordnung. Wenn ein Streich verabredet war, durfte von der Gruppe, die ihn übernommen hatte, niemand fehlen. U. a. stahlen sie vor kurzem ein Motorboot, mit dem sie eine Fahrt unternahmen, aber mangels technischer Kenntnisse nicht weiter fahren konnten. Infolgedessen versenkten sie das Motorboot. Die Beute pflegten sie untereinander aufzuteilen und jeder konnte mit seinem Anteil machen, was er wollte. Die Eltern waren von dem Treiben ihrer Söhne völlig ahnungslos.

Der Weihnachtsabend in der Mürauer Strafanstalt. Amtlich wird gemeldet: Ueber die Mürauer Anstalt für kranke Sträflinge veröffentlichen einige Blätter eine Nachricht über eine Verhätschelung der dortigen Strafgefangenen, die am Heiligen Abend abgelehnt haben sollen, Weihnachtsstriezel zu essen, die Brot überhaupt nicht essen und auch Semmeln in den Spülicht werfen, sich nach Belieben kaufen, worauf sie Appetit haben, und für die der Kaufmann im Ort besondere Qualitätsschokolade zum Preis von 80 K für 1 Kilo bestellt haben soll. Eine Untersuchung hat festgestellt, daß dies alles unrichtig ist. Die Mürauer Gefangenen essen Brot wie die anderen Gefangenen, Semmeln erhalten diejenigen, für die es der Arzt vorschreibt, und niemand wirft sie weg. Zubesserungen dürfen sie nur mit Bewilligung des Direktors kaufen (Schokolade zum Preis von 5 K das Viertelkilo). Am Heiligen Abend wurde für sie eine Weihnachtsfeier veranstaltet, bei der einige Schulkinder aus dem Ort das ergreifende Gedicht „Bída a láska" (Not und Liebe) vortrugen. Das ergriff die Gefangenen derart, daß einige von ihnen auf die Weihnachtsstriezeln zugunsten der Ortsbedürftigen und Hungrigen verzichteten. Es handelte sich also nicht um ein „flottes Kriminal", sondern um eine edle Tat, deren moralischer Wert nicht herabgesetzt werden sollte.

Eine Kobra in der Bananenkiste. In Apenrade (Deutschland) kroch in einer Südfrüchtehandlung beim Oeffnen einer Bananenkiste zwischen den Früchten eine einen Meter lange Schlange hervor. Das Tier hatte den Transport gut überstanden. Dem Vernehmen nach soll es sich um eine Kobra handeln.

„Soziale Berichte" (Informations Sociales), das durch das Internationale Arbeitsamt in Genf in allen Weltsprachen herausgegebene Wochenblatt veröffentlicht in der Nummer 2 vom 11. Jänner einen übersichtlichen Bericht über die Aussprache des Ministers für soziale Fürsorge Gen. Dr. L. Czech im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses (13. November 1931) betreffend die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei.

—hm—

Stockholm erhält das modernste Spital in Europa. Laut einer Meldung des „Schwed. Int. Preß-Bureaus" trägt sich die Stadt Stockholm mit dem Plane, ein Zentralspital in nächster Zeit zu erbauen, das an Größe und Kostenaufwand das berühmte Stockholmer Stadthaus übertreffen wird. Das Spital soll innerhalb der nächsten fünf Jahre mit einem Kostenaufwande von 20 Mill. schw. Kr., das sind 180 Mill. Kč, mit allen modernen Errungenschaften erbaut werden. Eine ganz spezielle Aufmerksamkeit wird der Abteilung für schwangere Mütter zugewendet werden.

D-Zug durch die Sahara?

Ein gigantisches Projekt vor der Verwirklichung.

Paris, 11. Jänner. (Eig. Ber.) Ein phantastischer Plan: in wenigen Jahren soll es möglich sein, die unendliche Wüste Sahara im bequemen Pullman-Wagen zu durchqueren. Die zuständigen französischen Instanzen beschäftigen sich gerade jetzt mit der Prüfung der verschiedenen Pläne, die von Ingenieuren und Eisenbahntechnikern vorgelegt wurden. Ob der Staat die nötigen Mittel zur Verfügung stellt oder ob der Bau der Transsaharabahn der privaten Initiative überlassen bleibt, ist vorläufig noch nicht entschieden. Auf jeden Fall ist nach den neuesten Informationen nicht mehr daran zu zweifeln, daß das gigantische Projekt unmittelbar vor der Verwirklichung steht.

Die Idee, eine Eisenbahn durch die Wüste Sahara zu bauen, ist zum ersten Male 1879 aufgetaucht. Damals schon entwarf der französische Ingenieur Duponchel einen genauen Plan, der auch heute noch, von gewissen technischen Neuerungen abgesehen, als vorbildlich gilt. André Berthelot nahm 1912 die Idee wieder auf und lanzierte das Projekt einer Bahn Algier—Kapstadt. Der ausbrechende Krieg verhinderte die Ausführung. Im Jahre 1928 beschäftigte sich die französische Kolonial-Akademie das erste Mal wieder mit der Frage. Referent war Professor Gautier von der Universität Algier, der heute als der maßgebende Sachverständige anzusprechen ist.

Quer durch das Hungerland.

Das größte Hindernis für den Eisenbahnbau stellt, nach der Meinung Professor Gautiers, das sogenannte Hungerland Tanezrouf dar, das sich über 500 Kilometer Breite erstreckt. Jedoch besteht die Möglichkeit, auch das Wüstenklima in seiner Unerträglichkeit zu mildern. Auf der bereits bestehenden Eisenbahnstrecke von Algier nach Biskra haben die Franzosen eine Oase, Oued-Rir, mitten in der Wüste nach einem besonderen Verfahren künstlich angelegt. Mit Hilfe von Tiefbohrern drang man derart weit in das Erdreich ein, daß mühelos artesische Brunnen erstellt werden konnten. Auf die gleiche Weise sollen auch in dem Hungerlande Tanezrouf eine Reihe von Oasen kultiviert werden, die auch der Bevölkerung als Siedlungsstellen dienen könnten.

Durch das französische Gesetz vom 7. Juli 1928 wurde eine Kommission eingesetzt, die mit den Vorarbeiten zum Bau der Bahn betraut wurde. Der Bericht ist jetzt fertiggestellt. Die Kommission hat sich für die sogenannte westliche Linie entschlossen. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt nicht in Algier, sondern in Oran. Kopfstation soll der Ort Oudjda werden. Von hier aus geht die Linie über Bou Arfa, Colomb Bechar, die Saoura-Oasen, die sogenannte Palmenstraße nach Touat. Hier beginnt dann die Durchquerung der wirklichen Wüste. Die Gesamtstrecke der Eisenbahn beläuft sich auf 3450 Kilometer. Ueber die Hälfte davon, genau 1912 Kilometer, stellen die eigentliche Transsaharabahn dar. Als Endstation ist der Ort Segou am Niger gedacht. Von hier aus sollen noch mehrere Zweiglinien ihren Ausgang nehmen.

Acht Jahre Bauzeit.

Für den Bau sind nach dem Kommissionsbericht acht Jahre in Aussicht genommen. Die Kosten sind verhältnismäßig gering. Sie wurden auf 3 Milliarden franz. Franken berechnet. Der Unterbau der Strecke soll besonders stark sein, um größte Sicherheit und den Transport aller Zugarten zu gewährleisten. Zwanzig- bis Vierzigtonnenwagen sind für den Güterverkehr vorgesehen. Besondere Wasserwaggons sorgen dafür, daß kein Wassermangel eintreten kann. Für die Personenbeförderung sind eigens konstruierte Pullman-Wagen in Betracht gezogen. Sie sind fünfzig Tonnen schwer und bestehen vollständig aus Stahl. Sie besitzen komplizierte Leitungen für kalte und heiße Luft: im Sommer für die Kühlung, im Winter — die Saharanächte sind kalt — zu Heizungszwecken.

So sieht die Transsaharabahn der Zukunft aus. Wenigstens auf dem Papier. Von der Theorie zur Praxis ist noch ein weiter Schritt. Aber man will ihn diesesmal mit besonderer Schnelligkeit einschlagen. Wenn also nicht ganz unvorhergesehene Gründe den Bau der Eisenbahn noch in der letzten Minute verhindern, so wird ein alter Traum in den nächsten Jahren Wahrheit werden.

Brandstiftung im Zirkus Sarrasani

12 Elefanten verbrannt. — Die Antipathien der Antwerpener Bevölkerung.

Berlin, 13. Jänner. Im Zirkus Sarrasani, der seit einigen Wochen in Antwerpen gastiert, ist heute nachts in der Garderobe ein riesiges Feuer ausgebrochen. Neben der Garderobe befindet sich der Elefantenstall. 12 Tiere, die man nicht mehr von den eisernen Ketten befreien konnte, verbrannten, während die anderen in wilder Panik zu flüchten versuchten. Die Polizei schoß auf die Elefanten, von denen einer getötet wurde. Da außerdem der gesamte Kostümbestand vernichtet ist, wird der Sachschaden auf etwa eine Million Mark geschätzt. Es ist unmöglich, die Vorstellungen fortzusetzen. Man nimmt an, das Feuer sei durch Brandstiftung entstanden.

Sarrasani hatte nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten ein längeres Gastspiel in Antwerpen zustande gebracht. Er hatte aber von Anfang an die Antipathie der Bevölkerung gegen sich, und es gelang ihm nicht, sie zu unterdrücken. In den letzten Tagen bildeten sich sogar Demonstrationszüge gegen Sarrasani. Gestern erhielt er eine Postkarte, in der ihm gedroht wurde, man werde seine Zeltstadt vernichten, wenn er seine Zirkusstadt nicht bald abbreche.

Die Feuerwehr kam erst zwei Stunden nach dem Brandalarm. Angeblich hatte man erst die Erlaubnis des Bürgermeisters zum Eingreifen holen müssen! Militär rückte an, umstellte die ganze Zirkusstadt und leistete Hilfe bei den Löscharbeiten. Der kommandierende General war selbst zur Stelle und leitete die militärischen Maßnahmen.

Im Elefantenstall bemühten sich Sarrasani und sein Sohn um die Tiere. Mehrere Wagen mit Raubtieren waren in großer Gefahr, doch konnten die Dompteure die Tiere beruhigen. Zum Glück gelang es, die Ställe, in denen sich 200 Pferde befanden, und das Zirkusgebäude, das etwa 50 Meter von der Brandstätte entfernt war, vor dem Uebergreifen des Feuers zu bewahren. Wenn Sarrasani auch versichert ist, ist das Unglück dennoch besonders für das Personal von weittragender Bedeutung, da die Vorstellungen unmöglich fortgesetzt werden können.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.

Prag: 11.00 Schallplatten. 15.30 Schallplatten. 17.05 Kammermusik. 18.25 Deutsche Sendung. 19.20 Orchesterkonzert. 20.55 Beethoven. — **Br[illegible]** 12.35 Orchesterkonzert. 15.30 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Prof. Lanik: Ueber Schleier und Schleierstoffe im Wandel der Zeiten. 21.30 Schallplattenrevue. — **Mähr.-Ostrau:** 16.00 Orchesterkonzert. 21.30 Schallplatten. — **Berlin:** 16.30 Violinvorträge. 20.00 Haydn-Sinfonie. — **Breslau:** 16.30 Kammermusik. — **Königsberg** 19.20 Reiseabenteuer. 21.00 Streichquartett. — **München:** 15.00 Stunde der jungen Mutter. 20.20 Sinfoniekonzert. 21.00 Barock in Bayern.

Ein Kaadener Professor unter Verleumdungsanklage.

„Belange und Hochziele" gegen „Judenfreunde" und „Bolschewiken". „Hakenkreuz-Kultur." – Ein trostloses Zeitdokument.

Prag, 13. Jänner. Heute wurde vor dem Senat des OGH. Maryška die Verhandlung gegen den Kaadener Professor Dr. Wunder fortgesetzt, der von der Staatsanwaltschaft wegen des Verbrechens der Verleumdung verfolgt wird. Wir haben bereits im Sommer v. J. über den Fall berichtet. Im Oktober 1930 wurde bei der Prager Polizeidirektion durch einen anonymen Schreiber eine umfangreiche Anzeige gegen die Kaadener Professoren Dr. Weiß, Tanzer und Slawik wegen

militärischer Spionage zugunsten Rußlands

erstattet, in welcher von den genannten drei Herren, die politisch vollkommen neutral sind, behauptet wurde, sie seien „eingefleischte Bolschewiken", wobei Dr. Weiß mehrfach als „der Jude Dr. Weiß" bezeichnet wird. Auf eigenes Ansuchen der Verdächtigten setzte eine überaus scharfe Untersuchung ein, die die vollkommene Unhaltbarkeit der (übrigens ungeheuer läppischen) Anklagen einwandfrei bewies. Der Verdacht lenkte sich auf Dr. Wunder, und zwar auf Grund des Gutachtens der Schriftsachverständigen, die die anonyme Anzeige mit Schriftproben des Angeklagten verglichen. Es ist von Bedeutung, daß Dr. Wunder im April des Jahres 1930 einen Selbstmordversuch unternahm (der an sich aber in keinem Zusammenhang mit dem Vorfall steht) und zur Zeit der verleumderischen Anzeige nach schwerer Schußverletzung in der rechten Kopfseite in Rekonvaleszenz stand. Er beruft sich auf diesen Zustand physischer und psychischer Hinfälligkeit, als Beweis, daß er gar nicht in der Lage war, damals eine mehrere Seiten umfassende Eingabe niederzuschreiben.

Ueber die Schuldfrage wird das Gericht zu urteilen haben. Aber das Urteil über

das unglaubliche Milieu eines provinziellen, hakenkreuzversuchten Spießertums,

mit welchem die Affäre organisch unlösbar verbunden ist — dieses Urteil wird der Augenzeuge, der noch denken und fühlen kann, schon heute aussprechen und sich bis in den Grund seiner Seele für den moralischen und geistigen Tiefstand dieser Zeit- und Sprachgenossen schämen, die hier vor dem Prager Gericht entrollt wird.

Prof. Dr. Slawik, einer der drei Denunzierten, machte heute seine Zeugenaussage in deutscher Sprache, auf Antrag des Verteidigers unter Eid. Er schilderte, wie man ihn zur Bezirksbehörde vorgeladen und ihm der Bezirkshauptmann die von der Prager Polizei abgetretene Anzeige gezeigt habe. In seinem Entsetzen habe er die Schrift Dr. Wunders erkannt und der Bezirkshauptmann habe ihm in dieser Vermutung zugestimmt. Weil er aber sein Gewissen nicht mit einer vielleicht ungerechten Beschuldigung belasten wollte, verhinderte er das sofortige Einschreiten und ließ die Schrift mehreren Kollegen, darunter auch einem intimen Freund Dr. Wunders, vorlegen, die das gleiche Urteil abgaben. Nun nahm die Sache ihren Lauf, nachdem die Untersuchung gegen die Verdächtigten, wie erwähnt, mit deren vollkommener Rehabilitation geendet hatte.

Bezüglich der Motive, die Dr. Wunder etwa gehabt haben könnte, erwähnt Dr. Slawik zunächst den außerordentlichen Ehrgeiz des Angeklagten, der sich oft in den kurrilsten Formen geäußert habe. Damals hieß es in Kaaden allgemein, Doktor Weiß solle Direktor des Realgymnasiums werden und Dr. Wunder habe sich wohl selbst Hoffnungen auf diesen Posten gemacht. Feindschaft habe niemals zwischen ihnen bestanden.

Nach dem Selbstmordversuch habe sich Doktor Slawik selbst im Einverständnis mit dem Angeklagten, über den infolge der Verzweiflungstat verschiedene Gerüchte umgingen und der Sorge hatte, als nicht mehr dienstfähig aus dem Schuldienst entlassen zu werden, beim Landesschulrat für ihn eingesetzt. Es gelang ihm, die Bedenken des Referenten zu zerstreuen, der der Meinung war, eine so schwere Kopfverletzung werde gesundheitliche Folgen nach sich ziehen, die mit der Ausübung des pädagogischen Berufes nicht vereinbar seien. Er habe sich überzeugt, daß Dr. Wunder dank seiner ungeheuren Energie die Folgen des Schusses erstaunlich schnell überwunden hatte und in der kritischen Zeit körperlich und geistig in bester Verfassung war. Aber nachträglich habe wohl der mißtrauische Angeklagte diese Intervention fälschlich dahin gedeutet, daß Dr. Slawik, **der mit seinen 17 Dienstjahren noch nicht definitiv** ist, ihn von Kaaden weghaben wolle (beide sind Neuphilologen). So ließe sich eine Animosität gegen die Person des Zeugen erklären.

Dann aber kennzeichnet der Zeuge mit der gleichen resignierten Ruhe

die Einstellung der Kaadener „Gesellschaft" und vorab der dortigen „Intelligenz"

zu den drei Denunzierten. Weiß, Tanzer und Slawik waren innig befreundet und die beiden Letztgenannten hatten wegen ihrer Freundschaft mit dem Juden Weiß viel zu leiden. Alle drei wurden in der „Gesellschaft" als „Bolschewiken" ausgeschrien, „die hohe Ehrenstellen in dem künftigen Sowjetstaat" einnehmen würden. Ein **Akademiker,** ein **Doktor juris,** sagte zu Dr. Slawik:

„Gegen Sie haben wir nichts — aber trennen Sie sich von dem Juden Dr. Weiß!"

Darauf sagte ihm freilich Dr. Slawik, ihm sei ein anständiger Jude zehnmal lieber, als zehn unanständige Arier. Damit war der Stab über ihn gebrochen. Das Trio der nicht-hakenkreuzlerischen Außenseiter (im übrigen völlig unpolitische Kulturmenschen) erlebte böse Zeiten. Anonyme Verleumderbriefe zirkulierten in der Anstalt, selbst während der Maturitätsprüfung langte eine offene Karte mit unflätigen Beschimpfungen gegen sie ein. Man denunzierte sie mehrfach beim Landesschulrat und anderen Behörden und wenn diese auch, schon wegen des bloßen Inhaltes dieser offenkundig erlogenen und schwachsinnigen Beschuldigungen, nicht gegen die Verleumdeten vorgingen, so

verweigerten sie doch stets die Herausgabe der anonymen Anschuldigungen,

wenn die Geplagten darum ansuchten, um den unbekannten Täter zu verfolgen.

So konnte also der Anonymus nach allen bisherigen Erfahrungen einen großen Schlag auf politischer Basis versuchen, weil er wußte, wie Dr. Slawik wörtlich sagt, daß „wenn auch die ganze Stadt von unserer Unschuld überzeugt gewesen wäre, sich keine hundert Zeugen gefunden hätten, die sich hinter uns gestellt und erklärt hätten: „Nein — das sind anständige Menschen!" Bezeichnend ist, daß als Dr. Slawik von Rakonitz zurückkehrte, wo er ein Jahr lang der dortigen tschechischen Handelsakademie zugeteilt war, und als er die Freundschaftlichkeit und Kollegialität der tschechischen Kollegen lobte, am nächsten Tag sein Klassenbuch mit der Inschrift verziert fand:

„Charakterschwein!"

Und diese Schrift ist identisch mit der der anonymen Anzeige an die Prager Polizei. Als dann Dr. Wunder von dem Verdacht gegen ihn offiziell verständigt wurde, begann er angeblich seine Schrift zu ändern und soll auch Radierungen in Klassenbüchern, Schülerverzeichnissen und Heften vorgenommen und der Schrift verschiedene fremde Züge und Schnörkel beigefügt haben. Der Angeklagte bleibt bei seiner Behauptung.

Als Entlastungszeuge trat der Pharmazeut Hartl auf, der behauptet, zur fraglichen Zeit habe Dr. Wunder nicht selbst schreiben können, was der Zeuge aus eigener Anschauung wisse.

Demgegenüber bemerkt Dr. Slawik, zwischen Hartl und Dr. Wunder habe eine Art Freundschafts- und Dankbarkeitsverhältnis bestanden, da sich Letzterer des Ersteren angenommen habe. Dies müsse bei Wärdigung der Beweiskraft dieser Zeugenschaft in Betracht gezogen werden.

Sodann erwähnt er noch eine tschechisch verfaßte Eingabe an eine Behörde aus jenen Tagen, die der Angeklagte für den Leiter der Anstalt verfaßt haben soll, womit bewiesen sei, daß er damals sehr wohl imstande gewesen sei, zu schreiben und selbst umfangreiche Schriften abzufassen. Der Angeklagte bestreitet die erwähnte Tatsache, worauf Dr. Slawik den Akt und den Namen des Referenten nennt, bei dem dieses Dokument noch erliegen müsse. Das Gericht vertagt darauf die Verhandlung, da die Schriftsachverständigen neues Material zu prüfen haben und der Staatsanwalt außerdem noch die Ladung ärztlicher Sachverständiger zur Aeußerung über den damaligen körperlichen und geistigen Zustand des Angeklagten zur kritischen Zeit beantragt.

rb.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Gewerkschaftliche Zersplitterung bei den Bergarbeitern.

Der „Glückauf" beschäftigt sich in seiner letzten Folge mit der großen Anzahl von Bergarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei. Das Blatt schreibt:

Welchen Umfang die Spaltung und die Zerrissenheit der Bergarbeiter angenommen hat, das wird uns am besten klar, wenn wir uns die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände und Verbändchen betrachten, wie sie das Statistische Staatsamt mitteilt. Wir wollen hier die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände für das Jahr 1930 und für das Jahr 1926, also der letzten fünf Jahre, zum Vergleich nebeneinander stellen. Nach den Angaben des Statistischen Staatsamtes hatten Mitglieder:

Organisationen	1926	1930
Svaz horniků	20.089	16.123
Union der Bergarbeiter	15.912	13.725
Sdružení horniků	5.483	
Jednota horniků	6.883	5.911
Kommunisten	22.312	13.049
Hakenkreuzler	3.208	5.324
Nationaldem. (Faseisten)		10.272
Christliche Bergarbeiter (tschechisch)	11.940	3.132
Chr. Bergarb. (deutsch)	349	281
Freisoziale	1.693	1.478
Svaz (Příbram)	755	463
	87.724	69.758

Im Jahre 1930 gab es also in unserem kleinen Land nicht weniger als zehn verschiedene Bergarbeiterorganisationen. Die kommunistische Einheitsfronttaktik hat, wie die Tatsachen lehren, in kurzer Zeit aus drei Organisationen deren zehn gemacht. Sie alle unter einen Hut zu bringen, müßte wirklich ein kleiner Herrgott kommen, denn nur ein Wunder könnte augenblicklich diese zehn Organisationen zusammenfassen. Dabei wäre der Bestand von zehn Organisationen für die Bergarbeiter noch nicht das größte Unglück, wenn sie alle wirkliche gewerkschaftliche Organisationen wären und wenn nicht die Mehrzahl von ihnen ihre Lebensaufgabe nur in der Bekämpfung der freien Verbände erblicken würde.

Die mitgeteilten Mitgliederziffern der einzelnen Bergarbeiterverbände zeigen uns auf den ersten Blick eine recht interessante Tatsache, nämlich den starken Rückgang der Kommunisten und das gleichzeitige Anwachsen der Hakenkreuzler und der Faseisten bei fast gleichbleibendem Mitgliederstand der freien Verbände. So haben die Kommunisten seit 1925 fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Fast genau so viel Mitglieder aber, als die Kommunisten verloren haben, haben die Hakenkreuzler und Faseisten gewonnen. Noch im Jahre 1924 hatten die Kommunisten um 7000 Mitglieder mehr als die Union, während sie jetzt bedeutend weniger Mitglieder haben als die Union. Bei den Kommunisten dürfte selbst von den 13.049 Mitgliedern, die sie dem Statistischen Staatsamt gemeldet haben, der größte Teil bloß auf dem Papier stehen.

Einen katastrophalen Mitgliederverlust haben die tschechischen Christlichen zu verzeichnen, die nurmehr 3132 Mitglieder buchen (wobei der größte Teil gleichfalls auf dem Papier stehen dürfte) von rund 12.000 im Jahre 1925. Die Mitgliederzahl des Hakenkreuzlerverbandes dürfte sehr stark nach oben abgerundet sein, während jene der Faseisten der Wirklichkeit entsprechen dürfte. Die Jednota horniků steht mit ihrem Mitgliederstande trotz aller Finessen und trotz dem Zusammenschlusse mit der Sdružení horniků weit hinter ihrem Mitgliederstande vom Jahre 1926 zurück.

Dabei darf die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß die Union der Bergarbeiter und der Svaz horniků ihre Mitgliederzahlen nach den eingezahlten Beiträgen (52 Wochenbeiträge sind gleich ein Mitglied) berechnen, während die meisten übrigen Verbände auch alle jene Mitglieder (Kranke, Arbeitslose und andere) zählen, die keine Beiträge zahlen, also Papiersoldaten sind. Dieser Unterschied in der Berechnung der Mitgliederzahl ist ein sehr wesentlicher, der bei Vergleichen nicht übersehen werden darf.

Von den beiden freigewerkschaftlichen Verbänden Union und Svaz, kann auf Grund der (nach den Beiträgen berechneten) Mitgliederziffer, in welcher alle kranken, arbeitslosen und im Bezuge von Freimarken stehenden Mitglieder nicht inbegriffen sind, gesagt werden, daß sie sich nunmehr konsolidiert und gefestigt haben. Die beiden Verbände verfügen heute über einen festen und treuen Stand von aufgeklärten und gewerkschaftlich geschulten Mitgliedern, an denen sowohl die kommunistische als auch die nationalistische Phraseologie wirkungslos abprallt. Diese Tatsache findet auch darin ihre Bestätigung, daß von der Gesamtzahl der dem Statistischen Staatsamte bekanntgegebenen Mitgliedern die beiden freien Verbände im Jahre 1925 rund 40 Prozent und im Jahre 1930 rund 42 Prozent besaßen.

Kleine Chronik

Ein Totenschein aus dem Jahre 1824 gefälscht. Unter den vielen angeblich herrenlosen Erbschaften in Amerika nimmt die sogenannte Wendelsche Erbschaft schon durch die Höhe der Erbsumme, die nach Abzug der Legate 75 Millionen Dollar betragen soll, einen hervorragenden Rang ein. Diese Erbschaft wollte nun der vormalige Wiener Kunsthändler Josef Kuderna durch eine großangelegte Urkundenfälschung an sich bringen. Nur durch das Gutachten des Archivdirektors der Stadt Wien, Universitätsprofessors Dr. Stowasser, gelang es, den Betrug zu vereiteln. Eine amerikanische Anwaltsfirma in New York ersuchte nämlich Dr. Stowasser um die genaue Prüfung eines Totenscheins aus dem Jahre 1824 über eine gewisse Marie Kuderna, geborene Wendel, mit welcher Josef Kuderna dartun wollte, daß er ein direkter Abkömmling der Familie Wendel sei, die die große Erbschaft hinterlassen hatte. Bei der Prüfung durch Professor Stowasser ergab sich, daß die Urkunde gefälscht sei. Kuderna, der bereits vorbestraft ist, wurde verhaftet und gestand nach anfänglichem Leugnen, die Urkunde gefälscht zu haben.

Blutrache im Irak. Das Gericht in Bagdad verurteilte den Beduinen Abdul Abdallah Beg Fahrik wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode. Fahrik hatte den Generaldirektor des Irakischen Innenministeriums Abdallah Beg Sana in seinem Büro erschossen. Der Täter hatte nicht den geringsten persönlichen Haß gegen den Ermordeten. Er fühlte sich lediglich als Vollstrecker des Willens einer sich in ihrer Ehre gekränkt fühlenden Familie. Abdallah Beg Sana, einer der begabtesten jüngeren irakischen Beamten, hatte sich während seiner Tätigkeit als Distriktskommissar von Saadun mit einer Tochter des verstorbenen Scheiks Abdel Muazin Beg aus der berühmten Familie der Saadun verlobt. Die Saadun leiten ihre Herkunft aus königlichem Geschlecht ab und gehören zu der Beduinenaristokratie des südlichen Irak. Abdallah Beg hatte indes nicht das „Glück", seiner Braut an Abkunft ebenbürtig zu sein. Der Clan der Saadun setzte nun in der Residenz Himmel und Hölle in Bewegung, um die Heirat zu verhindern, weil die Vorfahren des Bräutigams Sklaven gewesen sein sollen. Alle Proteste blieben umsonst und die Hochzeit fand statt. Fahrik als Saadun, ein Vetter des Schwiegervaters, übernahm es, die Familienehre wieder mit Blut rein zu waschen. Bei seinem Verhör berief er sich darauf, daß die Reinhaltung des Blutes das höchste Ziel seiner Sippe sei. Die Freunde seines Stammes trugen sich bis zuletzt mit der Hoffnung, daß die Angelegenheit nach dem für die Wüstenbeduinen geltenden Recht, das in Angelegenheiten von Stammes- und Blutrache auf die Anschauung der Wüstensöhne Rücksicht nimmt, behandelt werde. Das Gericht entschied in diesem Fall, der für die Spannungen zwischen dem nomadischen und dem städtischen Element im Irak typisch ist, jedoch anders.

Das Kußhandmännchen.

Kleines Märchen von Heinz Elder.

Seit zwei Tagen trieb sich auf dem Arbeitsamt C. ein seltsamer Mensch herum. Von kleiner Gestalt, aber höchst lebendig, wirbelte er, schmutzige Hände hoch in die Luft haltend, durch den Korridor der Anmeldung. Fast alle Stempelbrüder hielten ihn für verrückt. Er sah auch komisch aus: An seinem linken Nasenflügel hatte er zwei blutumrandete Erbsen sitzen. Ueber den arg zerfaserten Hosen trug er einen kanariengelben Mantel, die Jacke zur Hose besaß er nicht mehr. Dafür baumelte eine knopflose Weste an ihm, darunter zeigten sich noch die Ueberreste eines Hemdes. Die Ausdünstungen der Aermlichkeit konnte man recht unangenehm empfinden, wenn man dicht bei ihm stand und sein Mantel sich einen Augenblick durch eine seiner Fuchteleien öffnete.

Seit zwei Tagen versuchte dieser angebliche Narr als erster zur Anmeldung zu gelangen. Er wollte nicht einsehen, daß er sich genau so anschließen mußte, wie alle andern. So hatte er das Pech, immer wieder zurückzukommen, da seine Tobereien es im nicht gestatteten, sich ruhig und geduldig anzustellen; seinen verlassenen Platz nahm dann natürlich schnell ein anderer ein. Die Arbeitslosen lachten über ihn und neckten ihn gehörig.

Einer meinte es gut und riet ihm freundlich: „Mensch, nun bleib' doch mal auf deinem Platz stehen, sonst kommst du erst nächstes Jahr an die Reihe!" Der freundliche Mann hatte sich verrechnet; das Männchen hatte nämlich nichts Eiligeres zu tun, als ihm mit einem kühnen Griff den Schlips aufzuziehen. Alles brüllte. Plötzlich aber wurde das Männchen sehr ernst. Stand eine Weile ganz still. Atmete nur wenig. Und jählings bewegte es die Arme, so wie Vögel, die Schwingen zum Flug breiten, tanzte ein paar groteske Schritte und schrie dabei: „Kulong — klong — —", ganz langgezogen und tief. Eine augenblickliche Starre verbreitete sich über die Anwesenden. Sie wurden fast scheu und stierten wie gebannt auf das kleine Kerlchen. Da hielt es auch schon mit Tanzen und Rufen inne. Langsam ließ es die Arme sinken und sah sich hilflos um mit seinen merkwürdig hellen Augen, die jetzt groß aufgerissen waren. Mit leiser und sehr matter Stimme würgte es: „Meine lieben Brüder, verzeiht, aber ihr habt gewiß alle schon gefrühstückt. — Vielleicht habt ihr ein recht braunes Rundstück mit gelber Butter gegessen, habt schönen schwarzen Bohnenkaffee getrunken! Oder vielleicht habt ihr auch nur trockenes Brot und schmalen Kornkaffee in euch — glaubt mir, ich gönn's euch; aber seht, ich habe seit zwei Tagen nichts gegessen und ihr stoßt mich zurück. Wir sind doch alle gleich, und wer mehr Hunger hat, soll zuerst dran." Hier atmete es hastig und hustete ein wenig. Dann fing es von neuem an: „Vielleicht wird morgen mein Kolkrabe Peter sterben, vor Hunger und Zorn über seinen verrückten Herrn, der nicht imstande ist, ein kleines Tierchen zu ernähren!" Seufzend und schlaff lehnte es sich an einer der Anschlagtafeln und schloß die Augen. Seine Lippen lallten ganz leise und zärtlich: „Kulong — klong!"

Die Stempelbrüder waren erschüttert. Die holprigen einfachen Sätze des Männchens ließen sie nachdenklich werden. Sie begriffen das Kerlchen und gedachten ihrer eigenen Not. Einer stand vor ihnen, den das Leben fast zum Idioten gemacht hatte und der nur noch geliebt wurde von einem Kolkraben. Sie gingen auf das Männchen zu und umdrängten es. Der Anmeldungsbeamte machte ein wütendes Gesicht und fluchte: „Dieser dämliche Kerl hält den ganzen Betrieb hier auf!" Aber das störte die Brüder wenig. Einige von ihnen faßten das Männchen an den Arm und brachten es zum Schalter. Alle traten freiwillig zurück. Vor ihre Herzen war der dunkle Schleier Mitleid gefallen, um den noch tiefer leidenden Bruder. Die Armen halfen dem Aermsten.

Und siehe, es geschah ein Wunder. Der Schalterbeamte ward durch die erneute Schilderung des Männchens gerührt, so daß er sofort einen Schein für dringend Bedürftige ausfüllte. Das Männchen weinte. Man sagte ihm, es würde zunächst zehn Mark bekommen. Als Krisenunterstützung, und heute brauche es nicht wieder zu kommen, es käme ein Pfleger in seine Kellerwohnung.

„Zehn Mark", sagte das Männchen feierlich. Dann sang es fast leise und zärtlich: „Kulong — klong!" Groß sah es die Brüder an. Und plötzlich schrie es: „Vielen Dank!" Und dann wußte es seine Freude nicht mehr zu bändigen und machte sich das kindlichste Dankbarkeitsmittel zum Ausdruck: es warf Kußhändchen. Dabei ging es rückwärts die Treppe hinunter. Die Augen der Arbeitslosen folgten ihm so lange, bis es unterhalb der Treppenstufen mit einem letzten Kußhändchen verschwand. Dann schlossen sich die Stempelbrüder wieder an und waren sehr still. Nur ein schmächtiger, älterer Mann zischelte leise und neidisch: „Heuchler und Verrückte haben immer das meiste Glück!"

12.- ABVERKAUF UNSERER WINTERSCHUHE 12.-

Damen-Hausschuhe

BEDEUTEND ERMÄSSIGTE PREISE

Damen-Gabard.- Ueberschuhe

Die Monate Januar und Feber sind für die Gesundheit äusserst gefährlich.—Benützen Sie daher die Gelegenheit, die wir Ihnen jetzt bieten. Statt dass wir die Reste unserer Winterschuhe über den Sommer lagern lassen — wollen wir, dass unsere Schuhe Ihre Füsse vor Krankheit bewahren.

PANTOFFEL:	früher:	jetzt:
Damen - Hausschuhe	Kč 15.-	12.-
Damen - Hausschuhe ohne Kragen		9.-
Damen - Hausschuhe aus Filz	19.-	15.-
Damen-Hausschuhe mit Schnallenverschl.	29.-	25.-
Kinder - Pantoffel	9.-	6.-
Kinder - Hausschuhe	12.-	9.-
Kinder-Hausschuhe, Schnallenverschl. Gr. 6-8	15.-	12.-
Kinder-Haussch. Schnallenverschl. Gr. 9-1 1/2	19.-	15.-
Herren - Hausschuhe aus Filz	19.-	15.-
Herren - Pantoffel aus Filz	25.-	19.-
Herren-Hausschuhe, Schnallenverschluss	35.-	29.-

GUMMISCHUHE:	früher:	jetzt:
Damen-Gabardine-Überschuhe	Kč 15.-	12.-
Damen-Überschuhe, mit Kragen	29.-	25.-
Damen-Überschuhe, Knopfverschluss	49.-	39.-
Damen-Überschuhe, Reissverschluss	49.-	39.-
Damen-Ganzgummischuhe, Reissverschluss	59.-	49.-
„Kosakenstiefel" für Damen	69.-	59.-
Kinder-Ganzgummi-Überschuh 6-8	19.-	12.-
Kinder-Ganzgummi - Überschuhe 9-1 1/2	25.-	19.-
Hohe Kinder-Ganzgummi-Überschuhe	39.-	25.-
Herren-Überschuhe, Reissverschluss	49.-	39.-
Herren - Gabardine - Überschuhe	39.-	29.-

DAMEN- UND KINDERSTRÜMPFE ALS AUCH HERRENSOCKEN HABEN WIR IM PREISE BIS ZU 30% ERMÄSSIGT — WIR VERKAUFEN:

FÜR HERREN: dauerh. Wolle Kč 3.-, warme Winters. Kč 4.-, glattes Garn Kč 5.-, Flor Kč 7.-, Wolle Kč 8.-, feste Wolle Kč 9.-, Seide Kč 10.-.
FÜR DAMEN: Winter, Sports. Kč 5.-, dauerh. Wolle Kč 5.-, feste Winterwollsocken Kč 8.- warme Wolle Kč 9.-, Flor oder Seide Kč 10.-, Seide Bemberg Kč 15.-, Wolle Kč 7.-, Winters. aus Wolle Kč 16.-, Seide mit Wolle Kč 19.-
FÜR KINDER: Äusserst dauerh. Gr. 2—4 Kč 3.-, Gr. 6—7—8 Kč 5.-, bessere Ausführung Kč 5.- und Kč 7.-, Wolle Kč 5.-, und 7.-, feste Wolle Kč 5.- und Kč 7.-

UNSERE NIEDRIGEN PREISE ERMÖGLICHEN ES JEDERMANN, SICH DAS RICHTIGE UND PASSENDE SCHUHWERK ZU BESCHAFFEN DIE PREISE SIND FÜR JEDERMANN ERSCHWINGLICH. BESUCHEN SIE UNS—WIR BERATEN SIE. WIR BESCHUHEN SIE. 5-9

Bata

PRAGER ZEITUNG.

Für die Vierzigstundenwoche bei der Prager Gemeinde.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die tschechischen Genossen haben in der Gemeindevertretung den Antrag eingebracht, daß die Arbeitszeit in allen Unternehmungen und Anstalten der Stadt Prag bereits jetzt auf 40 Stunden herabgesetzt wird, wobei die Gehälter und Löhne ungekürzt bleiben sollen. Alle in Betracht kommenden Anstalten haben im Laufe von vier Wochen die notwendigen vorbereitenden Arbeiten durchzuführen und anzugeben, wieviel neue Angestellte aufgenommen werden müssen, welche Kosten die Neuregelung erfordern wird und auf welche Weise die Bedeckung vorzunehmen ist. Im Zusammenhang mit diesem Antrage wird auch gefordert, daß die Gemeinde bei Vergebung von Lieferungen solchen Firmen den Vorzug geben soll, welche nachweisen, daß bei der Erzeugung der bestellten Waren die vierzigstündige Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern eingehalten wurde.

In der Begründung des Antrages wird neben Erwägungen über die Arbeitslosigkeit darauf verwiesen, daß die Gemeinde auch im Jahre 1918 die Verkürzung der sechzigstündigen Arbeitszeit auf 48 Stunden noch vor Erlassung des Arbeitszeitgesetzes vorgenommen hat. Infolge der Nationalisierung, welche auch in den städtischen Betrieben durchgeführt wurde, ist eine große Anzahl von Gemeindeangestellten überzählig geworden. Als Beispiel wird die Prager Gasanstalt angeführt. Während die alte Anstalt 900 Arbeiter beschäftigte, arbeiten im neuen Gaswerk in Michle, welches eine bedeutend größere Kapazität aufweist, nur ein Drittel. In der letzten Zeit sind wieder 70 Angestellte ausgeschaltet worden. Aehnliches ist auch aus anderen Betrieben zu melden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist also auch für die Gemeindeangestellten eine brennende soziale Forderung.

Der Antrag wurde dem Stadtrate zugewiesen, welcher über ihn weiter beraten wird. Seinem weiteren Schicksal wird man mit größtem Interesse entgegensehen. Vor allem wird es sehr lehrreich sein, wie sich diejenigen zu ihm stellen werden, die gegen die 40-Stundenwoche die Erschwerung der Konkurrenz anführen, ein Argument also, welches in diesem Falle nicht anwendbar ist.

Sozialistische Jugend, Kreis Prag.

Samstag, den 16. d. M., abends ½8 Uhr, Sonntag, 17. d. M., vorm. 10—½1 Uhr:

Wochenendschule

Thema: „Unser Jugendverband".

Referent: Genosse Rudolf Geißler, Teplitz.
Ort: Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetka (Haus Bio „Beseda").
Teilnehmerbeitrag: Kč 3.—, gänzlich Unbemittelte frei.

Jeder pflichtbewußte Jugendgenosse, jede pflichtbewußte Jugendgenossin beteiligt sich an der Wochenendschule.

Kunst und Wissen

Ein Ehrengrab für Josef Zarna. Auf Anregung des Bürgermeisters Genossen Seitz wird die Gemeinde Wien in Würdigung der großen künstlerischen Bedeutung Josef Zarnos ein Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof für den verstorbenen Künstler widmen. Die Beisetzung Josef Zarnos findet ehrenhalber auf Kosten der Gemeinde statt.

Robert Sterl gestorben. In Naundorf bei Dresden verstarb im 65. Lebensjahr der Maler Professor Robert Sterl: ein bedeutender Impressionist, Schöpfer eindrucksstarker Bilder aus der Welt der Arbeit und früherer Leiter der Dresdener Akademie.

Samstag, 7½ Uhr, Erstaufführung: „Gestern und heute". Schauspiel von Christa Winsloe. Inszenierung: Hans Götz. Mitwirkende: Bertram, Carpentier, Halewanis, Kallina, Lorenz, Lhotzky, Medelsky, Meller, Ordra, Rahm, Reichlin, Reineke, Warnholz.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7.30 Uhr: „Tiefland", Oper von d'Albert. (76—4.) — Freitag, 7.30 Uhr: „Viktoria und ihr Husar", Operette von Abraham. (77—1.) — Samstag, 7.30 Uhr: Erstaufführung: „Gestern und heute", Schauspiel von Windsloe. (78—2.) — Sonntag, 7.30 Uhr: „Der Barbier von Sevilla", Oper von Rossini. (79—3.) — Montag, 8 Uhr: „Juwelenraub in der Kärtnerstraße" (80—4.)

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Juwelenraub in der Kärtnerstraße". (Ab.) — Samstag, 7.30 Uhr: „Professor Bernhardi", Komödie von Schnitzler. (Ab.) — Sonntag, nachm. halb 3 Uhr: „Juwelenraub in der Kärtnerstraße". (Ab.) Abends 7.30 Uhr: „Gestern und heute", Schauspiel von Winsloe.

Der Film

Lien Deyers.
(Ufa.)

Die Filmwoche.

„Die weiße Insel."

Jeder Film aus dem Gebiet hinter den polnischen Stacheldrähten wird hier mit viel Spannung erwartet; leider sehen wir diesmal ein durchaus mittelmäßiges Produkt, das zwar ideologisch noch immer der jetzigen Produktion turmhoch überlegen ist, aber als stummer Film kaum mit den Spitzenleistungen der deutschen oder amerikanischen Produktion konkurrieren könnte. Der Film ist mindestens vier Jahre alt, Produzentin ist die Moskauer Gesellschaft Intorgkino, und er zeigt eine phantastische Geschichte aus Sibirien, wo es Gebiete gibt, die ganz nach Urväterart leben und die uralten Gebräuche oftmals noch bis heute bewahrt haben. Diese Milieuschilderung wird mit gewohnter Routine und Deutlichkeit veranschaulicht, auch der Auszug der Siedlung in die „Welt" und ihre Erlebnisse in der Zivilisation sind genügend deutlich und klar gezeigt. Zu begrüßen ist auch die Tezens, mit der die alten Religionsgesellschaften und ihre patriarchalischen Gebräuche verulkt werden; daneben gibt es aber eine ganz gewöhnliche Liebesgeschichte und ein Mädchen, das in dem Milieu mit Holzhäuschen, Tuckwallen, Vorderladergewehren usw. aufgewachsen ist, aber bereits wenige Wochen nach ihrem Einzug in die Sowjetsiedlung mit allen Neuerungen vollkommen vertraut wird und es ganz in der Ordnung findet, wenn man ihre Artgenossen — die Mutter eingeschlossen — ins Museum steckt. Dieser Humor erscheint zu gekrampft, die Photographie ist im winterlichen Teil sehr gut, die Frühlingsbilder hat man schon oft besser gesehen. Gespielt wird gut; von der berühmten Russenmontage ist noch wenig zu sehen.

„Die Pranke."

Ein deutscher Detektivfilm, auch „Phantom der Rennbahn" genannt, der vom Regisseur Steinhoff äußerst geschickt gedreht ist; wenn ich nicht irre, dürfte bald eine neue Aera dieser routiniert gedrehten Kriminalfilme beginnen, in denen man wirklich bis zum letzten Moment nicht weiß, wer der Täter ist, wer die Pläne raubt oder in atemberaubendem Tempo über die Rennbahn flitzt. Die Handlung bleibt in manchen Details unverständlich, aber der Hauptzweck, Spannung zu erzeugen, wird erreicht. Sehr gut sind die Rennaufnahmen, die Interieurs in der Automobilfabrik und die Hauptdarsteller Charlotte Susa und Rehmann; für anspruchslose Besucher ein empfehlenswerter Tonfilm. W. Lg.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Niedner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Neja" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik. Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.